

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Welle Die Neue Welt): Richard Hauschild, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbain, Magdeburg. Druck von Franz Göttsche, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1587. Redaktion: Gr. Mühlstraße 3, Fernsprecher 961.

Beitragender zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Auslandband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.80 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen beliebig 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 Mk. Bestellgeld. Einzelne Nummern 6 Pf., Sonntags- und alle Nummern 10 Pf. — Inseratengebühr die sechsstelligen Zeitzeile 15 Pf. Post-Bestellungsliste Nr. 7889

Nr. 278.

Magdeburg, Donnerstag, den 28. November 1901.

12. Jahrgang.

Brief aus Amerika.

Fr. New-York, 12. November.

Bemerkungen über das letzte Wahlergebnis in der amerikanischen Metropole. — Unsere „anständigen“ Bourgeois und die Sachpolitiker. — Die sozialistischen Stimmen — — ?

Alle Augen waren am Abend des letzten Wahltags, des 5. November, in diesem Lande auf die Stadt New-York gerichtet, wo, wie schon in der vorigen Ausgabe dieser Korrespondenz erwähnt, ein ausnehmend interessanter Preiskampf zwischen bürgerlichen Elementen sich abspielte. Es war hier eine Municipalwahl, in erster Linie die Wahl eines neuen Bürgermeisters, worum es sich handelte, und daneben war es noch ein anderes neu zu besetzendes Amt, das den Gegenstand eines überaus erbitterten Wettstreites zwischen den bürgerlichen Parteien bildete: Das war nämlich die Distriktsanwaltschaft, eine Institution, die ungefähr der deutschen Staatsanwaltschaft ähnelt. Im übrigen war in New-York, wie überall im Lande, das übliche Duzend oder anderthalb der verschiedensten Gesetzgebungs- und Lokalverwaltungsämter neu zu vergeben, aber hier in New-York konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der Bevölkerung fast ausschließlich auf die Wahlfraße des Bürgermeisters und des Distriktsanwalts.

Die Parteien, die sich speziell in der verflochtenen New-Yorker Lokalwahl gegenüber standen, kann man etwa folgendermaßen charakterisieren: Da war auf der einen Seite eine eigens für den politischen Grabisch organisierte Bande von professionellen Politikanten, auf der anderen die sogenannte „Wine“, will sagen, im allgemeinen nicht so sehr der politischen, als direkt ökonomischen Mehrheitsmeinung besitzende Bourgeoisie, wobei die letztere sich mit der einen der zwei

meter wollten Siegfried spielen, und der geuliche Drache, den sie abmurksen wollten und auch wirklich lehtlin unterlegten, das war die unter dem Namen „Tammany Hall“ ebenso berühmte wie bekannte Sumpfpartei der New-Yorker städtischen Demokratie. Siegfried war aber in diesem Falle wirklich ein sonderbarer Held: Als er vor Jokers Höhle erschien, um ihn zum Duell herauszufordern, hatte er sich mit einer Boa Constrictor (in Gestalt der republikanischen Grabisch-Partei) verbinde. Dieses Vieh half wohl gerne mit, ein rivalisierendes Ungehim zu erlegen, jedoch nur, um hernach unseren braven Siegfried zu umschlingen und ihn so nach und nach — bye and bye, sagt man hier — ganz gemächlich abzuthun. Mit anderen Worten: Indem unsere sogenannten reinen Bourgeois sich auf diese Fusion mit der republikanischen Beutepartei einließen, gaben sie dieser die Gelegenheit, ein neues Tammany aufzubauen, ein bläulich gefärbtes an Stelle des rötlich kolorierten, und eben damit haben sie sich selbst als Politiker ein Todesurteil gesprochen, das nur noch der Vollstreckung harret.

Auf der einen Seite Großkapitalisten, finanzielle, merkantile, industrielle usw., im Bunde mit Korruptionisten, „a b e c phrase“, auf der anderen kleine Geschäftsleute und Ausbeuter niedrigster Sorte, Lumpenbürger und Lumpenproletarier, organisiert als Korruptionisten „f a n s phrase“, das war in dem ganzen bürgerlichen Wahlrummel der einzige unterscheidende Charakterzug.

Wie schon hervorgehoben, ist daran nicht zu zweifeln, daß es den großbürgerlichen Hintermännern der Herren Low und Jerome grümmiger Ernst ist mit ihrem Wunsche nach einem korruptionsfreien, oder, wie diese Herren es gerne nennen, strikt geschäftsmäßig geführten Stadthaushalt. Die municipale, wie übrigens auch die einzelstaatliche und nicht minder die nationale Administration soll, um ihrem Ideal zu entsprechen, sich unweigerlich den Forderungen der kapitalistischen Ökonomie unterordnen. Die Verwaltung soll demgemäß billig, so billig wie möglich arbeiten. Der Gipfelpunkt ihres politischen Ideals wäre die Anwendung des Vassalischen Lohngesetzes auf politische Handlanger, die dabei äußerst wirksam und gewissenhaft die Geschäfte der Bourgeoisie besorgen. War das das hauptsächlich treibende materielle-ökonomische Motiv auf Seite des rein kapitalistischen Ängstlers der Fusion, so mündet dieser Beweggrund in frassester Utopie. Es ist ja erstens gerade die hervorsteckendste Eigentümlichkeit des politischen Treibens in diesem Lande, daß in ihm die Politik in aller Form Geschäft geworden, ein Geschäft, zu dessen Praktiken und Sclichen es gehört, mit den ökonomischen Interessen auch der Kapitalistenklasse weidlich schindulder zu treiben. Und dann jene biederen Bürger haben nicht eine eigene Parteiorganisation, besitzen nichts dergleichen wie eine politische „Maschine“, und dies ist ein zur Führung irgend eines politischen Kampfes hier schlechthin unerlässliches Requisit. Eben deshalb bleibt ihnen nichts anderes übrig, wenn sie auf diesem Gebiete irgend einen Wunsch ihres guten Geldsachherzens durchsetzen wollen,

als mit einer der beiden alten, gleichmäßig korrupten Parteien eine Allianz einzugehen, eine Mesalliance schlimmsten Sinnes, woraus nur kurzlebige politisches Krüppeltum erwachsen kann. Um das zu sehen, wird man nicht sehr lang zu leben brauchen.

Alle übrigen Wahlen vom 5. November, sowohl in dieser Stadt wie im gleichnamigen Staate und auch überall sonst im Lande, waren diesmal im allgemeinen so unwichtig, daß ihre Besprechung sich für auswärtige Leser kaum lohnen dürfte. Das Einzige, was vom Uebrigen unsere Genossen auf der anderen Seite des Ozeans interessieren dürfte, wäre ein Bericht über erfreuliches Wachsen der sozialistischen Wählererschaft. Ja, aber leider können wir damit nicht dienen, wenigstens zur Stunde noch nicht. Hier in der Stadt New-York hat, wie es scheint, der mit gewaltigem Kraftaufwand geführte Kampf zwischen Fusion und Tammany ganz ähnlich auf die Arbeitermassen gewirkt, wie der große nationale Circus einer Präsidentenwahl: die vorläufige, von der Polizei vorgenommene Zählung der Wahlzettel deutet an, daß eine Menge von noch nicht hinreichend zum Klassenbewußtsein geschulten Arbeitern, die in den letztvergangenen Jahren sozialistisch stimmten, sich durch den marktjehreierischen Tumult der bürgerlichen Parteien ablenken ließ vom geraden Wege der strikt sozialistischen Stimmabgabe. Die offizielle Stimmzählung beginnt morgen, also just an dem Tage, an dem diese Korrespondenz den Gasen von New-York verläßt. So weit sich augenblicklich sehen läßt, hat die sozialdemokratische Partei in diesem Städtekomplex, den man Groß New-York nennt, nur so wenig zugenommen, daß man sagen kann, sie sei stationär geblieben, was ja unter den oben erläuterten Umständen auch schon etwas heißen will. Wenn wir hinaufsehen können, daß die Stimmzählung der

Thatsache konstatiert, ein Trost soll's nicht sein, denn es wäre ein schlechter. Aus dem Lande aber beginnen nun Berichte einzulanden, die erheblich günstiger lauten, und es scheint, daß die amerikanische Sozialdemokratie an vielen anderen Orten bedeutend besser gefahren ist, als in der größten Stadt des Landes.

Doch wie dem auch sei, genauere offizielle Berichte sind abzuwarten, bevor sich über die Sache ein Wort weiter reden läßt. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 27. November 1901.

Aus dem Reichstage.

Einleitendes. — Seemannsordnung.

bg. Berlin, 26. November. Der Reichstag begann heute nach länger als sechsmonatlicher Vertagung seine Sitzungen. Das Haus war gut besucht und gewährte, im Anfang wenigstens, den ungewohnten Anblick einer beschlußfähigen Versammlung. Im verflochtenen Halbjahr haben sich eine ganze Reihe von Ereignissen abgespielt, deren der Präsident gedenken mußte. Die Kaiserin Friedrich, der Präsident Mac Kinley, der ehemalige Reichskanzler Fürst Hohenlohe und die fünf verstorbenen Mitglieder des Reichstages: Wintermeyer, Dr. Schoenlant, Dr. Lehr, Johannsen, Bender und Dr. v. Siemens wurden mit Nachrufen bedacht. Geiterkeit erregte die Mitteilung, daß Herr v. Frege wegen „schwerer Erkrankung“ sein Amt als 1. Vicepräsident niedergelegt habe. Morgen steht bereits die Neuwahl für Herrn v. Frege auf der Tagesordnung.

Erst nachdem ein längerer Wust von geschäftlichen Mitteilungen verlesen worden war, konnte man in die Tagesordnung eintreten. Zur Beratung stand die zweite Lesung der Seemannsordnung und der dazu gehörenden Gesetze. Die umfangreichen Gesetzentwürfe wurden bereits in der letzten Session des Reichstages einer Kommission zur Vorberatung überwiesen, die aber damals ihre Aufgabe nicht vollendet hatte. Im ersten Tagungsabschnitt der diesmaligen Session kam die Vorlage nochmals an die Kommission, da sehr umfangreiche Vorberatungen stattfinden mußten, was die Kommissionsberatung erst so spät fertig geworden, daß sie vor der Vertagung nicht mehr zur Verhandlung im Plenum kommen konnte.

Ein Meisterstück hat die Kommission freilich nicht geliefert. Von der sozialen Fürsorge, die angeblich den Seelenten durch das Gesetz gegeben werden soll, ist nicht allzuviel zu hören, und wenn die zahlreichen Abänderungsanträge, die unsere Genossen im Interesse der seefahrenden Bevölkerung gestellt haben, nicht angenommen werden, so wird dieses neueste „Arbeiterchutzgesetz“ keinen großen Fortschritt bedeuten. Die übrigen Parteien bringen der Materie sehr wenig Interesse entgegen, nur die nationalliberalen Freunde

des Herrn Semler, der sich schon in der Kommission als Vertreter der Hamburger und Bremer Reeder aufgespielt hat, und zum Dank dafür von der bürgerlichen Mehrheit der Kommission zum Referenten ernannt ist, blieben in größerer Anzahl im Saale.

Von unseren Genossen traten Mehger (Hamburg), Schwarz (Lübeck) und Dr. Herzfeld (Mosk) rednerisch auf. Zu größeren Debatten gab namentlich die Zusammenfassung der Seemannsämter Anlaß. Hier wollten unsere Parteigenossen eine Rechtsprechung herbeiführen, die den Interessen der Seefente auch wirklich gerecht wird. Die hierauf abzielenden Anträge haben aber keine Aussicht auf Annahme, da sich die Redner der bürgerlichen Parteien dagegen erklärten. Zu einer Abstimmung wird es erst am Donnerstag kommen, wo die Beratung fortgesetzt wird.

Morgen steht außer der Wahl des 1. Vicepräsidenten eine nationalliberale Interpellation wegen des Duells in J u s t e r b u r g auf der Tagesordnung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

hielt am Dienstag nach Beendigung der Plenarberatung eine Fraktionsitzung ab, in der die nächstliegenden parlamentarischen Angelegenheiten beraten wurden.

Zunächst beschloß die Fraktion, bei der am Mittwoch stattfindenden Wahl eines ersten Vicepräsidenten an Stelle des Abg. v. Frege nicht den von den Konservativen präsentierten Abg. v. Stolberg, dessen Wahl das Centrum zustimmen will, zu wählen, sondern den Abg. Singer als ersten Vicepräsidenten in Vorschlag zu bringen. Die Fraktion widerstrebt gleichfalls dem Vorschlag des Präsidenten v. Ballerstein, die Wahl durch Acclamation vornehmen zu lassen, sondern fordert

die gleichfalls am Mittwoch auf der Tagesordnung steht, wurden die Genossen Haase und Bebel als Redner bestimmt.

Sodann verhandelte die Fraktion über den Vorschlag des internationalen sozialistischen Bureaus in Brüssel, der die sozialistischen Fraktionen der verschiedenen Parlamente auffordert, daß sie die Regierungen ihres Landes interpellieren mögen über ihre Stellung zu den Völkerrrechtswidrigkeiten Englands im Burenkriege, insbesondere zu der Ermordung von Frauen und Kindern in den Konzentrationslagern. Nach eingehender Beratung und in allseitig zustimmender Würdigung des Vorschlags erachtet es die Fraktion, gemäß den besonderen parlamentarischen Verhältnissen des deutschen Reichstages, für geeigneter, daß sie jene Frage bei der Spezialberatung des Etats umfassend erörtern wird.

Serner beschließt die Fraktion mit Einstimmigkeit, den Reichskanzler wegen der herrschenden Arbeitslosigkeit zu interpellieren. Es wurde zur Vorbereitung dieser Interpellation eine Kommission von fünf Mitgliedern eingesetzt.

In der nächsten Fraktionsitzung, die am Mittwochabend stattfinden wird, wird die Fraktion ihre Stellungnahme zum Zolltarif und dessen parlamentarischer Verhandlung erörtern.

Der Senatorenkonvent

hat Dienstag unter Vorsitz des Präsidenten über die Reihenfolge der Beratungsgegenstände verhandelt. Der Präsident entwickelte seinen Geschäftsplan dahin, daß er bis zur Weihnachtspause die Erledigung der ersten Beratungen des Zolltarifgesetzes nebst Tarif und des Etats für 1902 in Aussicht nehme.

Am Mittwoch soll die zweite Beratung der Seemannsordnung durch die Wahl des ersten Vicepräsidenten und die Beratung der von den Nationalliberalen eingebrachten Duellinterpellation unterbrochen werden.

Am 2. Dezember soll nach Vorschlag des Präsidenten mit der ersten Lesung des Zolltarifs begonnen werden. Von konservativer Seite wurde mitgeteilt, daß die Fraktion an Stelle des Abg. v. Frege den Abg. Grafen v. Stolberg-Wernigerode zum ersten Vicepräsidenten vorschlägt. Die Vertreter der Konservativen verlangten, daß die vor der Vertagung abgebrochene Verhandlung über das Braunkohleneuergesetz auf die Tagesordnung einer der ersten Sitzungen gestellt werde.

Von verschiedenen Seiten wurde auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die diesem Vorschlag dadurch entgegenstehen, daß das Dreimstener-Gesetz am 1. Oktober d. J. außer Kraft getreten ist.

Der Präsident erklärte noch auf eine Anfrage, daß er die Absicht habe, mit der Beratung des Zolltarifs am 2. De-

hemmer auch dann zu beginnen, wenn die zweite Beratung der Seemannsordnung bis dahin nicht zu Ende geführt ist. Der Seniorenkongress stimmte den Vorschlägen des Präsidiums mit der Maßgabe zu, daß der Versuch gemacht werden sollte, das Branntweinsteuer-Gesetz noch vor Weihnachten nach Beendigung der ersten Lesung des Zolltarifs und vor der ersten Beratung des Etats zur Erledigung zu bringen. Hiernach besteht die Absicht, vor der Weihnachtspause, deren Beginn für den 13. oder 14. Dezember in Aussicht genommen ist, den Tarif und den Etat in erster Lesung zu erledigen, und die Beratung der Seemannsordnung so weit als möglich zu fördern und wenn thunlich, der Erledigung des Branntweinsteuer-Gesetzes näher zu treten. —

Deutschland.

Berlin, 27. November. Die Abgeordneten Dr. Pachnicke und Absicht haben mit Unterstützung der freisinnigen Vereinigung einen Initiativantrag eingebracht, dahingehend, eine Kommission aus Regierungsvertretern, Reichstagsmitgliedern und anderen auf diesem Gebiete erfahrenen Männern zu bilden, welche die bisher gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit geschaffenen Versicherungseinrichtungen prüfen und Vorschläge über eine zweckmäßige Ausgestaltung dieses Zweiges der Versicherung machen soll. —

— In den Redaktionsräumen der „Nationalzeitung“ und der Wohnung des Chefredakteurs wurden Durchsuchungen nach Schriftstücken vorgenommen, die sich auf die Veröffentlichungen des Maltes zum Gumbinner Prozeß beziehen. Die Hausdurchsuchungen blieben erfolglos. —

— Der Reichskanzler hat den preussischen Handelsminister neuerdings ersucht, die Gewerbeaufsichtsbeamten anzuweisen, daß statistische Mitteilungen über die in ihren Bezirken vorkommenden Ausstände und Aussperrungen gemacht haben, ihren Jahresberichten einzuverleiben sind. —

— Ein neues Musterstatut für Gewerbegerichte ist, dem Vernehmen nach, im preussischen Handelsministerium in Ausarbeitung begriffen und soll in einigen Wochen veröffentlicht werden. Der neue Entwurf wird namentlich auch Ausführungsbestimmungen zur Anwendung der Verhältnisse wahl bei der Wahl der Arbeitgeberbeisitzer enthalten. Die Gemeinden, welche bereits ihre Gewerbegerichtsstatuten in Angriff genommen haben, dürften daher gut thun, mit den endgültigen Entschlüssen bis zum Erscheinen des Musterstatuts zu warten. —

— Die Verhandlungen wegen Zulassung der Schüler der Realanstalten zum Studium der Rechtswissenschaften und zu den juristischen Prüfungen haben, wie die „Kreuzzeitung“ hört, zu einer Einigung der beteiligten Verwaltungszweige geführt. In welchem Sinne die-

— **Die Abänderung der Geschäftsordnung des Reichstags** soll das volksfreundliche Centrum im Schilde führen. Die „Nat.-Lib. Kor.“ schreibt: „Wie wir hören, gehen von Seiten einiger Mitglieder des Centrums Anregungen zur Aenderung der Geschäftsordnung zur Verhütung einer etwaigen Obstruktion aus. Diese Anregungen dürften indes keine Aussicht auf Erfolg haben. Präsident Graf Ballestrin hat sich, wie verlautet, auch früheren Anregungen auf Aenderung der Geschäftsordnung gegenüber ablehnend verhalten.“ — Zutruauen wäre dem Centrum schon eine herartige volksverräterische Handlung. Daß sie nicht zur Ausführung gelangt, dafür werden unsere Genossen im Reichstage sorgen. —

Kleines Feuilleton.

Museumsvorträge im Saale der Freundschaft. (IV. Der Saal unseres städtischen Museums und die kulturgeschichtliche Bedeutung Böcklins. Illustriert durch Lichtbilder nach seinen Gemälden.)

Herr Dr. Volbehr erinnerte am Montag zunächst an den Sinn der Entzifferung in der Schweiz, als es mit vieler Mühe gelungen sei, Böcklins „Tritonenfamilie“ für die Stadt Magdeburg zu erwerben. Nicht alle Bilder Böcklins reichen an die „Tritonenfamilie“ heran, aber alle zeugen sie von einem immensen Arbeitsgehalt. Als Schüler des großen Landratsmalers Schirmer habe sich Böcklin noch lange Zeit im Hause seines Meisters befunden. Er habe sich aber von diesem Hause losgerungen und sei dann seine eigenen Wege gegangen und zwar in so eigenartiger Form, daß nur eine völlig veränderte Weltanschauung die Ursache zu der Böcklinschen Kunstschöpfung gewesen sein kann. Nicht wie andere Maler, die mit Staffeln und Palästen hinausgehen in das Land und sich dort ihre Sujets holen, hat Böcklin gearbeitet, nein, aus dem Gedächtnis, aus der Erinnerung, aus seinem eigenen Gefühl heraus hat er geschaffen. Herr Volbehr erläuterte dann an einer Reihe von Bildern, wie Böcklin es verstanden hat, in den Bildern „Der Abenteurer“, „Die Toteninsel“, die ein würdiges Pendant zu dem herrlichen Bartholomeischen „Schadensmal“ sei. Die „Fanzel der Lebewesen“, sowie an der „Via Mala“, „Schaden und Genus“ in gleichem Maße zur Anschauung zu bringen. Aber auch Erwähnung versteht Böcklin zu machen, so im „Panischen Schaden“ und in dem prägnanten Gemälde „Das Leid“ sowie im Bilde „Mutter und Sohn“, wo der Schmerz, der größte Schmerz, zum höchsten Ausdruck gelangt. Und wie ganz anders giebt sich der Künstler im „Erzgebirger Erant“. Im weiteren Bildern „Der heilige Geist“, „Das Schwitzen“, „Die Dürre“, in zwei Variationen „Am Ackerbrand“ zeigt der Maler, wie Böcklin es verstanden hat, die Natur lebendig zu machen und sie mit einer köstlichen Auffassung zu durchdringen. Das Dürre für das 16. Jahrhundert war, in Böcklin für das 19. Jahrhundert geworden; er ist nicht nur von künstlerischer sondern auch von kulturhistorischer Bedeutung. —

* * * **Jena, 25. November.** Dank den Bestrebungen der Genossenschaft wird der Beginn der Volkshochschule im nächsten Monat mit Unterstützung der Gesellschaft für ethnische

— **Der Marineetat für 1902** ist gestern im Bundesrat angenommen worden. Er beträgt 109 Millionen und bleibt daher finanziell nicht nur im Rahmen des Gebührens zum Flottengesetz, wie er seiner Zeit in der Budgetkommission festgestellt wurde, sondern noch um 3,4 Millionen gegen den Voranschlag für 1902 zurück. Auch bezüglich der einzelnen Forderungen deckt sich der Etat mit der Begründung zum Flottengesetz. Der Abschluß des Marineetats für 1901 wird nennenswerte Ueberschreitungen nicht ergeben, insbesondere wird das Rechnungsjahr 1901 Ueberschreitungen bei Schiffsbauten und Armierungen nicht aufweisen. — Es ist charakteristisch, daß es schon als eine besondere That gepriesen werden kann, wenn einmal ein Marine- oder Kriegsminister keine oder doch nur nicht nennenswerte Ueberschreitungen in seinem Ressort macht. —

— **Religion und Konfession in Preußen.** Die „Statistische Kor.“ veröffentlicht einen Artikel über die Verteilung der preussischen Bevölkerung nach dem Religionsbekenntnisse. Danach hat die evangelische Bevölkerung eine verhältnismäßig weit geringere Zunahme erfahren als die römisch-katholische. Während die fünfjährige Zunahme auf 100 Tausend bei dieser über 101 betrug, betrug sie bei jener nur 72. Die „Statist. Kor.“ führt diese Erscheinung auf die Einwanderung aus süddeutschen katholischen Staaten und die größere natürliche Bevölkerungszunahme in den überwiegend katholischen Landesteilen zurück. Am geringsten ist die Zunahme der Juden gewesen, sie betrug nur 33 auf 100 Tausend. Der auf die Juden entfallende Bevölkerungsanteil hat sich beständig vermindert. Während er im Jahre 1889 noch über 13 vom Tausend betrug, ist er im Jahre 1900 auf 11 vom Tausend gesunken. Dieses Sinken wird einerseits auf die Auswanderung der Juden nach Westen, andererseits auf den Uebertritt verhältnismäßig vieler Juden zu anderen Bekenntnissen zurückgeführt. Am stärksten war die jüdische Bevölkerung im Stadtkreis Berlin, in Hessen-Nassau und in den Provinzen Posen, Westpreußen und Schlesien. Verhältnismäßig gewachsen ist die Zahl der Juden nur in der Provinz Brandenburg. —

— **Die Nachwehen des Jüsterburger Duells** scheinen doch etwas ernsterer Art zu sein, als man auf Grund von Erfahrungen in früheren, ähnlich liegenden Fällen vermutet hat. Bekanntlich hat der Oberst des betreffenden Regiments bereits seinen Abschied erhalten. In der neuesten Nummer des „Militär-Wochenblattes“ wird die Verabschiedung bereits bekannt gegeben. Wie der „Tag“ erfährt, stehen auch noch andere durchgreifende Maßregeln in Aussicht. Auf Grund zuverlässiger Information dürfte mit Bestimmtheit angenommen werden, daß eine präzisere Fassung der ehrengerichtlichen Bestimmungen, soweit sie sich auf den Zweikampf beziehen, in Erwägung gezogen ist. Außerdem werde von dem bisher in der Armee üblichen Brauch auch diesmal nicht abgewichen werden, nämlich besonders trage Fälle nicht zu duldbarer Vorkommnisse in einer befehlenden und ermahnenden Kabinettsordre, die durch die General-Kommandos der Kommandeure der selbstständigen Körper zur Mitteilung an ihre Offizierkorps zu gelangen.

Wie Königsberger Blätter melden, soll außerdem auch Graf Fink v. Finckenstein, der Kommandeur des 1. Armeekorps, beabsichtigen, Mitte Januar nächsten Jahres sein Abschiedsgesuch einzureichen. Da der General noch in den besten Jahren steht und die übliche „Erstütterung der Gesundheit“ bisher noch niemand an ihm aufgefallen sein soll, so steht sein Abschiedsgesuch, dessen Einreichung ihm jedenfalls „nahegelegt“ worden ist, höchst wahrscheinlich mit der Jüsterburger Affaire in Zusammenhang.

Die auf der heutigen Tagesordnung des Reichstags stehende Interpellation der Nationalliberalen wegen des Jüsterburger Duells wird von dem Abg. Baffermann

begründet werden. Der Kriegsminister v. Goltz hat bereit erklärt, die Interpellation sofort zu beantworten.

Weimar, 25. November. Der Landtag hat gestern seine Sitzungen wieder aufgenommen. Bei der Beratung der Vorlage über die Verluste von Staatsgeld bei der Leipziger Bank erkannten, der „Weim. Ztg.“ zufolge, alle Redner an, daß der Regierung so wenig wie dem Landtage ein Verschulden an dem Verluste zur Last falle. —

München, 26. November. Im Wahlgesetz für die Zusammensetzung der Abgeordnetenkammer einigte sich die Mehrheit nach dem Referat des Centrumsabgeordneten Ruedorffer auf direkte Wahl, auf Festsetzung des aktiven und passiven Wahlrechts auf 25 Jahre und den Nachweis einer mindestens einjährigen bayerischen Staatsangehörigkeit. Die übrigen Punkte sind noch nicht erledigt. Der Minister des Innern zeigte sich halb und halb mit den obigen Festsetzungen einverstanden; plaidierte aber für zwei bis drei jährige Staatsangehörigkeit und erklärte sich nicht damit einverstanden, für das passive Wahlrecht als Abgeordneter ein geringeres Alter als 30 Jahre festzusetzen. Die Abgeordneten glauben, daß sich Centrum und Regierung einig werden. —

Ausland.

Frankreich.

Zum Generalkrieg der Vergleute. — Die Entvölkerung Frankreichs. — 7 Uhr-Ladenbesuch. — Zum Boykott Englands. Die Situation ist heute infolgedessen viel geklärt und einfacher, als die partiellen Streiks fast überall erfolglos sind. Im Kohlenbecken von Anzin haben die etwa 5000 ausständigen Vergleuter die Arbeit am Montag wieder aufgenommen. Ebenfalls sind die Arbeiter von Douvrage wieder zur Arbeit zurückgekehrt; sie haben vorläufig alle ihre besonderen Beschwerden, die sie gegen die Direktion zu erheben hatten, zurückgestellt.

Leider ist es in verschiedenen Distrikten bereits zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Bei Valenciennes sind Streikende mit Soldaten ins Handgemenge gekommen. In Montcau hatte sich eine ganze Bande organisiert, welche die von der Arbeit heimkehrenden Vergleute mißhandelte. Die Gemißhandelten, zum Teil Schwerverletzten, sind alle bekannte Mitglieder der sogenannten „Rotes“, d. h. der sozialistischen Organisation.

— Die Entvölkerung Frankreichs ist, wie bekannt, schon längst zu einer Katastrophe geworden. Der Senat hat jetzt eine Kommission gewählt, welcher die Aufgabe zufällt, Mittel und Wege zu finden, um der weiteren Entvölkerung Einhalt zu thun. —

— Für Sonntagruhe und 7 Uhr-Ladenbesuch wollen die französischen Handlungsgehilfen mit Beginn nächsten Jahres in allen Städten des Landes eine ruhe provokative eingeleitet. —

— In Marseille haben die Hafenarbeiter die moralische Unterstützung des Boykotts zugesagt. — Der „Propagandist“, das Organ der holländischen Hafenarbeiter teilt mit, daß im Dezember ein internationaler Kongreß entweder im Haag, London oder Brüssel stattfinden werde, der zu dem geplanten Boykott Stellung nehmen wird. —

Großbritannien.

Der Krieg als Förderer der Geisteskrankheiten.

Wie amtlich festgestellt wird, ist in diesem Jahre die Zahl der in London festgestellten Fälle von Wahnsinn um 5000 größer gegen die Durchschnittszahl früherer Jahre.

das Programm beraten und festgesetzt wird. Auch wird bei allen Veranstaltungen zuerst auf die Beteiligung dieser Kreise reflektiert. Der Parteienvertrieb erfolgt durch das Arbeitersekretariat. —

— **Volkstümliche Dichterabende.** In derselben Art wie im vorigen Winter werden auch in Dresden in nächster Zeit wieder volkstümliche Dichterabende veranstaltet werden. Der erste, ein Wallanderabend, den in der Hauptstadt Vorträge des Recitators Emil Milan aus Hamburg ausfüllen werden, soll am Sonntag, 14. Dezember, stattfinden. Ende Februar wird ein Ueberbrett-Abend veranstaltet werden, bei dem Herr Marcel Salzer von Rittercron's Buntein Theater mitwirken wird. —

— **Der höchste Berg Afrikas** ist nach den Mitteilungen, die Sir Harry Johnston vor der Londoner Geographischen Gesellschaft gemacht hat, nicht wie bisher angenommen wurde, der Kilimandscharo, sondern der Ruwenzori, der an der Grenze von Uganda zwischen dem Albert und dem Albert Edward-See wenig nördlich vom Äquator gelegen ist und das Thal des Simli überträgt. Johnston erreichte nach einem sehr anstrengenden Aufstieg seinen höchsten Punkt an den Gehängen der Schneefette in 4440 m, und über diesen Standpunkt schien der Gipfel noch etwa 1800 m in den dunkelblauen Himmel emporzufragen, so daß die gesamte Höhe des Berges auf etwa 6250 m veranschlagt werden mußte. Etwas Schnee lag bis zu einer Höhe von 3900 m. Eine Besteigung des Ruwenzori würde nach der Ansicht Johnstons ebenso viel Erfahrung und ebenso sorgfältige Vorbereitungen erfordern, wie eine gleiche Unternehmung in den Anden oder im Himalaya. —

Kleine Mitteilungen. Die „Freie Volksbühne“ wird am 12. Januar im Karl Weiß-Theater „Dantons Tod“ von Georg Büchner zur Aufführung bringen. Die dramaturgische Bearbeitung des Stüdes hat der artistische Leiter der „Freien Volksbühne“, Oberregisseur Jahn, der auch die Inszenierung leitet, besorgt. — Am Gabe Heinrich Heines auf dem Friedhof Montmartre wurde am Sonntag mittag das von Wiener Einwohnern gestiftete, von Hoffmann's gezeichnete Armordenmal des Dichters enthüllt. — Der Berliner Goethebund hat die Anfrage an die übrigen Goethevereinigungen gerichtet, ob sie geneigt seien, zum Duellwejen Stellung zu nehmen. — In Nishni-Novgorod, wo Maxim Gorki bisher seinen Wohnsitz hatte, fand vor der Uebersiedlung des kranken Schriftstellers in die Krim am 19. November ein Bankett zu Ehren Gorki statt, an dem 125 den verschiedensten Berufen und Gesellschaftsklassen angehörende Personen teilnahmen. Eine derartige Ehrung eines Schriftstellers ist, wie man mittel, in Rußland eine Seltenheit. Der russische Schlachtenmaler W. W. Wereschtschagin wird, wie man nun mittel, in nächster Zeit seinen ständigen Wohnort Moskau verlassen und nach Amerika reisen, wo er eine größere Anzahl seiner neuen und alten Gemälde in verschiedenen Städten auszustellen beabsichtigt. Unter diesen Bildern befinden sich fünfzehn die Szenen aus dem Kriege auf den Philippinen darstellend. —

Kultur und vor allem durch die Spenden der stets opferbereiten Carl-Zeitung wurde im Jahre 1895 der erste entscheidende Schritt in dieser Beziehung mit der Gründung der öffentlichen Volkshochschule und Volksbibliothek getan. Ueber die steigende Teilnahme dieses Instituts wurden jüngst einige markante Zahlen mitgeteilt; während im ersten Jahre 55 909 Bände ausgeliehen wurden, stieg die Ausleiherzahl im letzten Jahre auf 55 547. Insgesamt beträgt die Zahl der von November 1895 bis November 1901 ausgeliehenen Bände 351 474. Eine wertvolle Ergänzung dieser jedermann zugänglichen Bildungsgelegenheit bieten die von der Genossenschafts-Volkshochschule seit einigen Jahren veranstalteten Volkshochschulkurse und volkstümlichen Unterhaltungsabende. Das finanzielle Risiko auch dieser Veranstaltungen trägt die Firma Carl Zeiß. Die Unterhaltungsabende, mit denen Theateraufführungen abwechseln, haben durchgängig einen hohen musikalischen, literarischen oder poetischen Wert. Die Eintrittspreise sind auf 20 Pfg. bei den Unterhaltungsabenden, auf 30 Pfg. bei den Theateraufführungen für alle Plätze festgelegt. Im laufenden Wintersemester fand bereits am 16. November eine Theateraufführung statt; zur Aufführung gelangte „Flachsman als Erzähler“ von Otto Erntz. Für eine zweite Theateraufführung am 14. Dezember sind „Die Räuber“ von F. v. Schiller in Aussicht genommen. Am 23. Januar 1902 findet ein Konzert und am 1. März ein Recitationsabend statt. Die Veranstaltungen erfreuen sich fortgesetzt reger Teilnahme. Die Volkshochschulkurse bestehen in Vorträgen über verschiedene Wissensgebiete. Jeder Kurs umfaßt sechs organisch zusammenhängende Vorträge. Das Honorar beträgt für jeden Kurs 1 Mark. Den organisierten Arbeitern (Gewerkschaften und Gewerksvereinen) wird ein Vorzugspreis eingeräumt; für sie beträgt das Honorar nur 50 Pfennig. Im vorigen Jahre las Professor Knopf über Astronomie, Professor Rosenthal über die Reichsverfassung, Professor Waitsch über Medizin und Professor Duden über Chemie mit Experimenten. Die Anzahl der Hörer betrug an sämtlichen Kursen 917, darunter 85 weibliche Personen. Die Arbeiterorganisationen stellten allein 736 Teilnehmer; 563 die Gewerkschaften und 167 die Gewerksvereine. Es waren also fast 80 Prozent oder Hörer organisierte Arbeiter. Im laufenden Wintersemester sind ebenfalls vier Vortragskurse eingerichtet, zwei vor und zwei nach Weihnacht. Professor Gärtner hält sechs Vorträge über die Hygiene des Hauses, Professor Jäger über „Funktions- und Kunstfertigkeit der Tiere“, Professor Weber über „die Wandmalerei Jenas und seiner Umgebung“, Professor Strauß über „die wichtigsten elektrischen und magnetischen Erscheinungen“ mit Experimenten. Professor Sacke hält außerdem einen Unterrichtskurs in elementarer Mathematik ab. Im Mai 1902 finden ferner durch Professor Rost zwei Vorträge statt. Die Vorträge von Gärtner und Jäger haben bereits begonnen. Im ersten nahmen 226 Personen, darunter 105 organisierte Arbeiter, an letzterem 97 Personen, darunter 66 organisierte Arbeiter teil. Bemerkenswert ist, daß der organisierten Arbeiterschaft eine Vertretung für die Komiteetätigkeiten zugeordnet ist, in denen

Die Gewerbegerichtsbeisitzberwahlen

Müssen von keinem wahlberechtigten Arbeiter wie Arbeitgeber versäumt werden. Die Wahlen finden an folgenden Tagen statt:

Stadtteil Sudenburg

(Wahlbezirk 2) im Sudenburger Rathaus am Donnerstag, den 28. November d. J.

Arbeitnehmerbeisitzer-Kandidaten: Hermann Hoffe, Töpfer; Karl Habuer, Kermacher; Robert Reichert, Dreher; August Flügge, Dreher; Wilhelm Zeising, Schmied; Gustav Regas, Hobler; Ernst Sausleben, Tischler; Christian Koch, Arbeiter.

Stadtteil Neustadt

(Wahlbezirk 3) im Neustädter Rathaus am Freitag, den 29. November d. J.

Arbeitnehmerbeisitzer-Kandidaten: Hermann Biesecke, Schmied; Karl Hofmann, Schlosser; Gustav Wieweg, Schlosser; Karl Dichel, Arbeiter; Louis Herz, Schlosser; Oskar Wischke, Schlosser; Otto Hoffmann, Arbeiter; Adolf Decker, Hausarbeiter; Wilhelm Wüthcher, Handelskassier; August Langanke, Arbeiter; August Hohmeier, Kupferschmied; Gustav Keil, Bassettier.

Stadtteil Buckau

(Wahlbezirk 4) im „Konzerthaus“ Buckau, Schönebeckerstr. 127, am Sonnabend, den 30. November d. J.

Arbeitnehmerbeisitzer-Kandidaten: Johannes Sak, Gelbgießer; Paul Rudolf, Töpfer; Fritz Meyer, Porzellandreher; Heinrich Vuhro, Arbeiter; Adolf Andree, Dreher; Louis Reuhans, Dreher; Heinrich Thiem, Sattler

Die Wahlzeit währt in jedem Wahllokal von 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags und von 5 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends.

Es ist also jedem Wahlberechtigten, dessen Eintragung in die Wählerlisten bis zum 16. November beantragt war, vollauf Gelegenheit geboten, an der Wahl teilzunehmen. Erwartet wird, daß jeder Wahlberechtigte sein Wahlrecht ausübt.

Niemand darf am Wahltag von der Urne fernbleiben!

Deutscher Reichstag.

Originalbericht der „Volksstimme“.
(97. Sitzung.)

Berlin den 26. November 1901.

Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf v. Posadowsky.

Präsident Graf Ballestrin begrüßt alle Herren Kollegen auf das herzlichste, gedenkt dann des Todes der Kaiserin Friedrich und rühmt sie als die Beschützerin „alles Guten und Edlen auf der Welt“, als die „legensreiche Helferin aller Armen und Edlen“.

Die Abgeordneten haben sich von den Plätzen erhoben und hören stehend die kurzen Erinnerungsworte, die der Präsident dem ermordeten Präsidenten Mac Kinsley, dem Ältesten Hohenlohe und den in der Zwischenzeit verstorbenen Abgg. Bender (Centr.), Wintermeyer (freif. Vp.), Dr. v. Stenens (freif. Vg.), Johansen (Däne), Dr. Schoenlant (Soz.) und Dr. Lehr (natl.) widmet.

Der Präsident teilt noch mit, daß Abg. v. Frege (konf.) sein Amt als erster Vizepräsident wegen schwerer Krankheit niedergelegt habe. Nach der Verkündigung der nächsten Tagesordnung soll auf die Sache zurückgekommen werden.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Die Novelle zur Strandungsordnung wird debattelos nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Es folgt die zweite Lesung der

Seemannsordnung.

Die ersten drei Paragraphen werden mit geringen redaktionellen Änderungen angenommen.

§ 3a ist von der Kommission neu eingefügt und setzt fest, daß über Zahl und Art der Schiffsbesatzungen, mit welchen die Schiffe zu besetzen sind vom Bundesrate Vorschriften zu erlassen sind.

Ein sozialdemokratischer Antrag, den Abg. Schwarz (liberal, Soz.) begründet, verlangt, daß auch über Zahl und Art der Schiffsleute beratige Bestimmungen getroffen werden. Mit einem minderwertigen Kommando können Schiffe immer noch eher über See kommen, als mit einer minderwertigen Besatzung, die die Arbeiten in Wirklichkeit ausführt.

Es befehlt die Regierung, die Zahl der Besatzung möglichst herabzusetzen. Diese Verkleinerung der Mannschaft ist trotz der technischen Fortschritte sehr bedenklich. Viele Schiffe, die verschollen oder untergegangen sind, hatten eine zu geringe Besatzung. Auch muß festgesetzt werden, wie viele Farbige neben der weißen Mannschaft angestellt werden dürfen, denn die Farbigen verstehen die deutsche Besatzung nicht. Auch die Zahl der Heizer muß festgelegt werden, um eine Ueberbürdung dieser Arbeiterkategorie zu verhindern.

Unterstaatssekretär Nolde

wendet sich gegen den Antrag, der aus dem Mangel des Gesetzes falle. Hier handle es sich lediglich um die Frage des Befähigungsnachweises für Kapitäne und Schiffsbesatzungen, der Antrag aber wolle dem Bundesrat die Entscheidung über sehr schwierige Fragen aufbürden, die doch besonders geschickt geregelt werden müssen.

Die Abgg. Frege (freif. Vg.) und Kirck (Centrum) bekämpfen aus ungefähr denselben Gründen den Antrag der Sozialdemokraten und verweisen auf die von der Kommission gefasste Resolution, die die baldige Regelung der Besatzungsfrage durch besonderes Gesetz verlangt.

Abg. Schwarz (liberal, Soz.)

bestreitet, daß es sich allein um den Befähigungsnachweis für Offiziere handle und verlangt nochmals, daß auch über Zahl und Art der Schiffsleute entsprechende Bestimmungen getroffen werden.

Der sozialdemokratische Antrag wird hierauf abgelehnt und § 3a angenommen.

§ 4 ordnet die Zusammenfassung der Seemannsämter. Sie sollen innerhalb des Reichsgebietes aus einem Vorsitzenden und zwei schiffahrtskundigen Beisitzern gebildet werden.

Abg. Cahensly (Chr.) beantragt, daß einer der Beisitzer „den Kreisen der seebefahrenen Schiffsleute entnommen sein muß.“

Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt, daß die Kreise und jodert außerdem Öffentlichkeit und Mündlichkeit für Verhandlungen und Urteilsverkündigungen. Die Schiffe sollen außer den Reisekosten eine Vergütung von 5 Mark pro Sitzung erhalten.

Zu Anstand sollen nach dem Kommissionsvorschlag die Konsulate des Reiches für Hafenplätze die Seemannsämter bilden mit der Ausnahme, daß ein Konsul, der Mitinhaber oder Agent der Reederei des Schiffes ist, von der Wahrnehmung der Geschäfte eines Seemannsamtantes in Bezug auf diese Schiffe ausgeschlossen sein soll, wenn von dem beschwerdefährenden Schiffsbesitzer oder der Mehrzahl der beschwerdefährenden Schiffsleute gegen seine Mitwirkung protestiert wird.

Ein sozialdemokratischer Antrag will diese Bedingung folgendermaßen fassen: In diesem Falle entscheidet der Schiffsrat, welchen die Kapitäne unerbittlich aus den Schiffsbesitzern und einer gleichen Zahl von seebefahrenen Schiffsleuten zu bilden hat.

Abg. Cahensly (Centrum)

verteidigt seinen Antrag und bekämpft den sozialdemokratischen als zu weitgehend.

Abg. Metzger (Soz.)

bezeichnet die jetzige Art der Verhandlungen vor den Seemannsämtern als durchaus ungenügend für die Interessen der Seeleute. Eine Verzögerung gegen die Entscheidungen der Seemannsämter werde vielfach deshalb unterlassen, weil die Leute keine Zeit haben und sich vor Scherereien fürchten. Er führt Klage gegen die hohen Strafen und die unangenehme Behandlung der Seeleute, wie über die Beschränkung der Verteidigung im Gerichtsverfahren. Vielfach werde den Seeleuten mit Verhaftung gedroht, wenn sie sich bei dem ersten Urteil nicht beruhigen wollten. Gegenüber solchen Mißständen im Gerichtsverfahren sei die Hinzuziehung eines Beisitzers aus den Kreisen der seebefahrenen Schiffsleute unerlässlich. Nur so könne der jetzigen Klassenjustiz ein Ende gemacht werden.

Staatssekretär Graf Posadowsky

nimmt die Rechtsprechung der Seemannsämter gegen die Angriffe des Vorredners in Schutz. Sollten Kapitäne wirklich Seeleute durch Erhöhungen an der Verbreitung des ordentlichen Rechtsweges gehindert haben, so machten sich diese des Verbrechens der Nötigung schuldig und seien strafrechtlich verfolgbare. Die Hinzuziehung eines Beisitzers aus den Kreisen der Seeleute hieße ein vollkommen neues Moment in die Strafverfolgung hineinbringen. Die verschiedenen Instanzen können unmöglich nach Berufsständen zusammengefaßt werden. Das sei eine Standesgerichtsbarkeit und dafür seien die verschiedenen Regierungen nicht zu haben. Auch die Disziplin würde untergraben, wenn unter Umständen ein Seemann über Vergehungen eines Kapitäns oder des Schiffsbesitzers entscheiden sollte. (Sehr richtig! recht!) Er bittet alle gestellten Vorschläge abzulehnen.

Abg. Kirck (Centr.) wendet sich gegen die über den Centrumsantrag hinausgehenden Vorschläge des Abg.

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.)

meint, daß nach der Kommissionsfassung die Zusammenfassung der Seemannsämter jede soziale Gerechtigkeit vermissen lasse. Die Seemannsämter müßten besonders gut ausgestaltet werden, da sie hauptsächlich die einzige Instanz für die Seeleute seien, denen es für die weiteren Instanzen an Zeit und Geld fehle. Wo es sich um Gerechtigkeit handle, müsse die Disziplin zurücktreten. Der sozialdemokratische Antrag bewirke die soziale Fürsorge, die die Seemannsordnung angeblich den Seeleuten geben will, auch wirklich zur Durchführung zu bringen. Wenn die schönen Bestimmungen über Sonntagsruhe und Arbeiterschutz nicht bloß auf dem Papier stehen sollen, müssen die Gerichte nach unserem Antrage zusammengesetzt werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Bundesratsvertreter für Bremen, Senator Dr. Pauk:

Persönlich habe ich gegen die Hinzuziehung von erfahrenen, durch die Agitation unbefähigten Seeleuten zu den Seemannsämtern nichts einzuwenden. Zu Interesse der Unrechtsverkämpfung der Disziplin darf dies nur nicht für alle Fälle vom Gesetz verlangt werden.

Geheimrat v. Fouquieres:

Die Seemannsämter haben in keinem Falle eine Straffjurisdiktion zu üben. Die Hinzuziehung eines Beisitzers aus den Kreisen der Seeleute würde zu einer schweren Gefährdung der Disziplin führen.

Abg. Dr. Straßme

bittet alle Anträge abzulehnen und es bei den Kommissionsbeschlüssen zu belassen, die den Seeleuten ihr Recht garantieren.

Abg. Wargmann (freif. Vp.)

erklärt sich für den sozialdemokratischen Antrag.

Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. 1. Wahl eines Vizepräsidenten des Reichstages, 2. Interpellation Wasseremann (natl.) betr. das Infanteriegesetz, 3. Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 5 1/2 Uhr. —

Feuilleton.

Loß von der Scholle.

Roman in zwei Bänden von Luise Westlich.
(102. Fortsetzung.)

Wenige Tage nach Frau von Thaddens Bestattung redete Joachim mit Walburg über seine Zukunft.

„Seit ich mich als Stümper und Fälscher erwiesen habe, bin ich zaghaft geworden. Ich will nicht Mord, Blut und Gewalt säen. Ich will's nicht. Lieber als der letzte Knecht mein Brot essen, als Blinde in die Irre führen. Nun ist der Blick mir trüb vom Lampenlicht und Stubenluft, das Herz bitter von persönlichen Erfahrungen. All unsere Zustände erscheinen mir in einer widrigen Verzerrung. Das ist wie eine Krankheit. Ich sehe meinen Weg nicht mehr. Aber ich meine, ja, ich bin gewiß, ich müßte genesen in dem freien Wind, der über die Felder streicht, bei harter Arbeit, die die Glieder ermüdet und die Geisteskräfte aus dem Kopf austreibt. Viele Dinge sieht man aus der Ferne erst klar, und viele Laute hört man erst, wenn es ringsum still ist, ja, die Stimmen, die das Weite so sagen wissen, vernimmt man sogar nur in der Einsamkeit. Drum gingen zu allen Zeiten, die den Menschen Gutes verkünden wollten, in die Wüste, um sich auf sich selbst zu besinnen. In Deutschland giebt's keine Wüsten für solche wie ich. Ich möchte in ein jungfräuliches Land ziehen, nach Südafrika oder Brasilien, meinen Acker bauen, um mein täglich Brot ringen im Schweiß meines Angesichts und ruhig werden in Deiner lieben Nähe. Kannst Du mir das Opfer bringen, mich begleiten?“

Ihre Augen leuchteten ihm an. Die Liebe hatte das Eis in ihrem Blick geschmolzen. Sie schimmernden wieder in dem warmen Glanz aus der Kinderzeit.

„Kein Opfer, Joachim, wenn Du bei mir bist. Sich selbst leben dürfen auf eigener Scholle ist viel. Dort wirst Du mir ganz gehören. Kehrt Du erst zu Deinem Werk hier zurück, so muß ich Dich mit vielen Tausenden teilen. Zurückkehren aber wirst Du. Das weiß ich, wie die Lote es mußte.“

„Ich hoff' es,“ sagte Joachim ernst.

Im Hochsommer fand die einfache Trauung statt. Schliepen hatte seine Einwilligung gegeben, um Skandal zu vermeiden. Es war ihm aber eine Erleichterung, daß der unerwünschte Schwiegerjohn sofort aus Deutschland verschwand. Für einen Mitgiftjäger konnte er Joachim nicht mehr halten, denn er hatte bei der Errichtung des Fideikommisses auf Nummerow das Pflichtteil seiner Tochter geradezu ärmlich bemessen. Und selbst von diesem fargen Pflichtteil hatte er, als Walburg ihre Verlobung auflöste und als Schwester eintrat, noch eine Spielschuld Axel Witt's beglichen. Fräulein von Schliepen war also entschieden keine „Partie“ mehr.

Auch Herr von Thadden hatte sich oberflächlich mit dem Sohn ausgeöhnt angesehen der Hunderte von Meilen, die sich zwischen ihnen dehnen würden und in Anerkennung seines immerhin standesgemäßen und schneidigen Abganges.

Frau Adelheid von Schliepen aber wagte ihrem „lügen Detekt“ nicht viel in seinen Entschluß dreinzureden. Die Vorgänge in ihrer eigenen Familie machten sie duldsam gegen die Heirat ihrer Tochter. Ihr Bruder hatte an den einzigen ihm gebliebenen Sohn Annäherung gesucht. Der Junge entwickelte ganz achtbare kaufmännische Talente. Sie sah die böse Stunde nahen, da sie Frau Georg Brümmer, geborene Gerock, in ihrem Salon empfangen mußte. —

Der Schnellzug von Berlin nach Hamburg brauchte in fliegender Eile durch die flach gewellte Ebene. Er trug die Jungvermählten auf weiter Hochzeitsreise in fremdes Land. Sie sahen hell und stolz einander in die Augen, hinter ihnen im alten Europa blieb alles, was schmerzhaft, dunkel, klein und peinigend auf ihnen gelastet hatte. Vor ihnen in rosigem Schleier lag ein ganz neues Leben auf einer unausgepogener Erde, ein Leben zu Zweien. Sie waren noch jung genug, um alle Hoffnungen ihrer reichen Herzen sich als Wirklichkeiten auf den schimmernden Vorhang vor dem Unbekannten zu malen.

Kornbreiten rechts, Kornbreiten links; der Roggen schon in Garben, oder eben fallend unter der Senie fleißiger Schnitter. Die Mittagssonne glühte darüber, die deutsche Sonne, und spendete heißen Abschiedsgruß den Scheidenden.

Auf einer kleinen Station war Joachim ausgestiegen, um eine Erfrischung für Walburg zu besorgen. Da stieß er vor dem Eingang des Coupées mit einem Herrn zusammen, der eilends in der nächsten Thür verschwand. Verwundert sah Joachim ihm nach. Der Herr trug einen Vollbart und eine Brille. Aber die fleischige, schiefe Nase, die dicken Lippen ließen sich nicht verbergen.

„Sagt Du ihn erkannt?“ fragte Joachim. „Das war Moritz Friedberger.“

„Moritz Friedberger?“ Walburg wunderte sich. „Ach meine, der wird steckbrieflich verfolgt.“

Auf dem Perron entstand jetzt ein Drängen und Stößen. Ein anderer Zug war in den Bahnhof eingefahren, kein Blitzzug, ein vierklassiger Personenzug nach dem Osten. Eine Schaar von Leuten umvogte ihn, sonnenverbrannte Gesicht, Frauen in hellen Kopftüchern mit roten Bändern. Männer in Leinwandblusen und Zoppen, halbwißige Knaben. Sie drängten sich auf den Trittbrettern, sie versuchten die engen Eingangsthüren zu stürmen, die die Schaffner fluchend und scheltend verteidigten. Jetzt erschienen auch ein paar Gendarmen auf dem Schauplatz.

Sich aus dem Fenster beugend fragte Joachim nach der Ursache des Auflaufs.

„Es sind kontraktbrüchige Erntearbeiter, Herr Baron,“ berichtete der Kondukteur, „von dem adeligen Gut Taggenwalde. Die Kost gefällt ihnen nicht. Aber die Bahnverwaltung befördert keine Kontraktbrüchigen.“

Die Lokomotive des Schnellzugs pffiff und zog an, langsam setzte die Wagenreihe sich in Bewegung.

Joachim sah zurück. Auf dem Perron standen die Arbeiter, Männer, Weiber, Kinder, mit flehend aufgehobenen Armen, mit einem Schmerzgeheul „ihren“ Zug anstarrend, den Zug nach ihrer Heimat, der jetzt auch rasend und stoßend sich in Fahrt setzte. Aus dem Coupéfenster nebenan schaute Moritz Friedberger im Schmuck seines falschen Vollbartes behaglich auf die Zurückgewiesenen.

Es war das letzte Bild, das die Scheidenden von der Heimat mitnahmen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

ac. **Der Streik der Gasarbeiter von Mailand** hat sich ausgedehnt auf Genua, Alexandria, Sampierdarena und Bisagno. In Alexandria ist der Vorrat an Gas bereits vollkommen erschöpft, in Mailand reicht er nur noch auf wenige Tage und zwar nur zu den Beleuchtungszwecken; die Gasmotore stehen bereits still. — In Genua hat die Stadtverwaltung Feuerwehrlente beordert, Gas zu produzieren, außerdem hat der Präfekt die Militärbehörden veranlaßt, Soldaten zur Verfügung zu stellen. —

ac. **Ein Streik der Wäscherinnen** ist in Bologna, Italien, ausgebrochen. Die Wäscherinnen erhielten von den Unternehmern 20, 25, höchsten 30 Frank pro Monat. Sie bekamen diese Summe aber nicht ausgezahlt, sondern sie waren in ihrer Mehrzahl in Kost und Logis bei den Unternehmern, wodurch sie in eine geradezu sklavische Abhängigkeit von diesen gerieten. Diese Frauen und Mädchen haben sich jetzt organisiert und verlangen eine Arbeitszeit von nicht mehr als 12 Stunden bei einem Lohn von 2,50 Frank pro Tag, welchen sie in bar ausgezahlt verlangen. Von etwa 200 in Betracht kommenden Arbeiterinnen haben sich bisher die Hälfte dem Streik angeschlossen. —

Auf der dritten außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Graveure, Ciseleure und verwandten Berufsgeoffenen Deutschlands in Stuttgart entspann sich am Freitag zunächst eine kurze Diskussion über gebundene oder ungebundene Mandate. Ein Antrag Guttschmidt, der sich gegen das gebundene Mandat wandte, wurde abgelehnt. Somit war man zur Beratung der Anträge zum Statut und aller bis dahin noch nicht erledigten Anträge gelangt. Diejenigen Anträge, welche sich mit einer Erhöhung der Beiträge und Unterstützung befaßten, nahmen das Interesse am meisten in Anspruch. In einer eingehenden Generaldebatte gingen alle Delegierten in erster Linie auf diesen Punkt ein. Gegen eine Erhöhung der Beiträge wurde ins Feld geführt, daß dies jetzt in Anbetracht der wirtschaftlichen Krise eine Unmöglichkeit sei. Das Für und Wider wurde nach allen Seiten hin erwoogen, wobei auch der Vertreter der Generalkommission sich an der Debatte beteiligte, für Erhöhung der Beiträge plaidierend. Durch einen Schlußantrag wurde der Generaldiskussion ein Ende gemacht. Das Resultat der Abstimmung war, daß der Antrag auf Erhöhung der Beiträge mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt wurde. Die Kommission, die zur Untersuchung der Angelegenheit des Kollegen K. Verlin gewählt war, erstattete Bericht und überließ den Urteilspruch in dieser Angelegenheit der Generalversammlung. Der Entscheid fiel im Sinne der Berliner Ortsleitung aus, d. h. dieser Kollege gilt als neu eingetretenes Mitglied. Eine Resolution, die alle die den Arbeitsnachweis betreffenden Angelegenheiten umfaßt, wurde acceptiert. Einmütig gelangte auch folgende Resolution zur Annahme: „Die vom 17.—20. November in Stuttgart tagende außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Graveure,

Meldungen zur Teilnahme werden zu jeder Zeit im Bureau, Knochenhauerstr. 27-28, und in allen Gewerkschaftsbureaus entgegen genommen. —

— **Die Stadtverordnetenwahl der zweiten Abteilung in Budau** führt nicht, wie es bis zum Medankenschluß gestern Mittag schien, zu einer Stichwahl zwischen den Herren Schmidt und Bernhard, sondern ergab die Wiederwahl der beiden seitherigen Vertreter Stadtverordneten Janick und Schmidt. Auf ersteren entfielen 306, auf letzteren 212 Stimmen, während sich auf Herrn Zimmermeister Bernhard nur 204 Stimmen vereinigten. Die Wahlbeteiligung war also eine außerordentlich starke, hervorgerufen namentlich durch das Eingreifen unserer Parteigenossen in die Wahlbewegung. Dazu kommt, daß durch die Vornahme der Wahl auf Grund des einfachen Durchschnittsprinzips ein paar hundert Wähler der dritten Klasse in die zweite Wählerklasse aufgerückt sind. Würden die beiden von unseren Genossen unterstützten Kandidaten Janick und Bernhard nicht die bindige Erklärung abgegeben haben, im Falle ihrer Wahl im Stadtverordneten-Kollegium für die allgemeine Einführung des einfachen Durchschnittsprinzips mit allen Kräften einzutreten zu wollen, so hätten unsere Budauer Genossen schon die stattgefunden Wahl als Plebisziten erwählt und wären mit einem eigenen Kandidaten auf dem Platze erschienen. Daß die Chancen unsererseits keineswegs ungünstige waren, haben die Wahlversammlungen klärllich dargelegt. Dieser Umstand wird aber auch den „Vertretern des Besitzes“ im Stadtverordneten-Kollegium ein neuer Impuls sein, die Einführung des einfachen Durchschnittsprinzips mit allen Mitteln zu verhindern. Die diesbezüglichen Verhandlungen im Stadtverordneten-Kollegium dürften sich recht interessant gestalten, und namentlich den Herren Liberalen resp. Freisinnigen noch manches schwere Stündlein bereiten. Goffen wir, daß diese Herren — in ihrem eigenen Interesse — liberalen Grundgesetzen gemäß handeln werden. — Ueber den Verlauf der gestrigen Wahl wird uns noch geschrieben: Die Wahl war sehr interessant. Um 1/2 12 Uhr traten fast sämtliche wahlberechtigste Beamte vom Grünwerk an, gerade als wollten sie, in geschlossener Kolonne formiert, sagen: „Handwerker und Gewerbetreibende, hier in Budau habt ihr aufgehört, bei kommunalen Wahlen mitzubestimmen, hier sind wir maßgebend.“ Dann erschienen kurz vor 2 Uhr ein Teil der Beamten von Schäffer u. Bubenberg und Beamte der Wolfischen Fabrik. Dazwischen wieder Geschäftsleute und Handwerker. Der Vorsprung, den Herr G. Schmidt vor Herrn Bernhard hatte, wurde immer geringer, je mehr Handwerker an der Wahlurne erschienen. Endlich um 4 Uhr erschienen — versteht sich, ganz aus eigenem Antriebe! — als Retter in der Not wieder einige Beamten, so daß Herr Schmidt wieder ein wenig mehr Vorsprung gewann. Die Handwerker glaubten noch an eine Stichwahl, deshalb wählten dieselben nur noch Herrn Bernhard allein.

29 bestehenden Ortskrankenkassen gehören 16 der Vereinigung an, von denen 15 vertreten waren und zwar die Vorstände der Maurer- u. Baugewerbe, Maler- u. Lackierer, Allgemeiner Kaufmännischer, Tischler- u. Stuhlmacher, Klempner- u. Schmiede, Num-, Sprit-, Liquor-Arbeiter, Schuhmacher, Tapezierer-, Cigarren- u. Kautschuk-Arbeiter, Buchbinder, Buchdrucker, Böttcher, Neustädter Handwerk- u. Gewerbe- und Budauer Handwerk- u. Gewerbe-Orts-Krankenkasse. Von den übrigen noch nicht zur Vereinigung gehörenden 13 Kassenvorständen, an die gleichfalls Einladungen ergangen waren, hatten nur die Vorstände der Zimmerer- und der Kürschner Orts-K.K. der Einladung Folge geleistet. Lezterer Vorstand erklärte seinen Beitritt zur Vereinigung. Der Vorstand der Vereinigung besteht aus den Herren Kaufmann Kömnick, Vorsitzender, Bildhauer Reuter, stellvertretender Vorsitzender, Schriftföhrer Hesselbarth, Schriftföhrer, Cigarrenfabrikant Wilhelm Klees und Zimmermann Wilhelm Brandt, Beisitzer. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Beratung des Statut-Entwurfs des Verbandes der Ortskrankenkassen des Bezirks der Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt. Derselbe wurde nach wesentlichen Änderungen angenommen. Desweiteren wurde Beratung gepflogen über die Beschickung der Generalversammlung des oben genannten Verbandes am 8. Dezember in Weissenfels, wobei in Anbetracht der Beratung des bereits erwähnten Statut-Entwurfs die Mehrzahl der Kassen dieses Mal noch eine selbständige Vertretung wünschen, jedoch insgesamt 12 Kassen selbständige vertreten sind, während sich 4 kleinere Kassen gemeinsam durch einen Delegierten vertreten lassen werden. Die Delegierten werden u. a. beauftragt, gegebenenfalls, daß Magdeburg als Vorort des Verbandes in Vorschlag gebracht wird, ihre Zustimmung zu geben. Vom Vorsitzenden wird ferner auf die vom städtischen statistischen Amt an die Krankenkassen gesandten Formulare zur Ausfüllung der bei den Kassen an- und abgemeldeten Personen hingewiesen. Die Diskussion hierüber gipfelte darin, daß unter Anerkennung der Wichtigkeit einer derartigen Statistik, durch welche u. a. die Arbeitslosigkeit festgestellt werden soll, dem Wunsche des statistischen Amtes zu entsprechen, obgleich den Kassen-Mendanten dadurch eine große Mehrarbeit und den Kassen nicht unbedeutende Kosten auferlegt werden. Derauf trat Schluß der äußerst sachlich verlaufenen Versammlung ein. —

— **Auf dem Bauplatze der Nordbrücke** stürzte bekanntlich Anfang Oktober infolge eines Sturmes ein Lastrahn hinab in die Tiefe und beschädigte das frisch hergestellte Betongewölbe der rechtsseitigen Flutbrücke. Gatten die Sachverständigen geglaubt, daß die durch den Sturz verursachten Risse des Gewölbes nicht so erheblich seien, daß eine Neuausführung des Gewölbes notwendig werde, so hat sich nunmehr doch ergeben, daß die Neuausführung des Betongewölbes unvermeidlich ist. Die Stadt erleidet hierdurch keinen Schaden, da die beiden den Brückenbau ausführenden Firmen die Wiedererrichtung des Betongewölbes auf ihre Kosten ausführen müssen. —

— **Kostenfreie Entbindung.** An der Provinzial-

Lebensmittelpreise, da sich dadurch die ohnedies gedrückte Lage der Arbeiter nur noch mehr verschlimmert.“ Als Delegierter zu dem im nächsten Jahre stattfindenden 4. Deutschen Gewerkschafts-Kongress wurde der 1. Verbandsvorsitzende gewählt. Beschlossen wurde, die nächste Generalversammlung in Köln abzuhalten. Die Neuwahlen ergaben folgenden Resultat: Als 1. Verbandsvorsitzender wurde gewählt mit 21 Stimmen Emil Brückner, Berlin; als 1. Kassierer Karl Siwert, Berlin; demnach bleibt der Sitz des Verbandes in Berlin, entgegen den Wünschen der Berliner Opposition. Der Sitz der Kontrollkommission bleibt in Stuttgart. Die Wahl des Sekretärs wird der Berliner Filiale überlassen. Laut Beschluß tritt das neue Statut mit dem 1. April 1902 in Kraft. Das endgültige Resultat für das Preisauschreiben für ein Verbandsplakat wird sodann bekannt gegeben. Der erste und zweite Preis wurde zusammengelegt und zu gleichen Teilen folgenden Kollegen zugesprochen: Max Maier, Graveur, Köln, und Rudolf Lindner, Ciseleur, Gmünd; den dritten Preis erhält Walter Seb. Graveur, Köln; den vierten Preis Benedek, Graveur, Magdeburg. Nach einem Schlußwort des ersten Verbandsvorsitzenden wurde die General-Versammlung geschlossen. —

Beleidigung Arbeitswilliger. Das Schöffengericht in Verdingen a. Rh. beschäftigte sich in einer seiner letzten Sitzungen mit dem verflochtenen Kreis der Sammetfäherer-Zirkel. Zwei Frauen und ein Arbeiter sollten einige arbeitswillige Sammetfäherer beleidigt haben. Das Urteil lautete bei den Frauen auf je 3 Wochen und bei dem Arbeiter auf 4 Wochen Gefängnis. Gegen das Urteil wurde Berufung angemeldet. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 27. November 1901.

An die Mitglieder und Vorstände der Gewerkschaften in Magdeburg und Umgegend.

Am 15. Dezember findet in Magdeburg und den umliegenden Ortschaften eine

Zählung der Arbeitslosen

statt. Die Personen, die sich hieran beteiligen wollen, ersuchen wir, ihre Adressen bei ihrer Ortsverwaltung anzugeben. Die Ortsverwaltungen ersuchen wir, für rege und gute Beteiligung sorgen zu wollen, die Adressen der sich meldenden Teilnehmer zu sammeln und uns bis zum Donnerstag, den 5. Dezember, mitzuteilen.

Auf eine Begründung für die Notwendigkeit dieser Arbeit brauchen wir an dieser Stelle nicht einzugehen. Wir sprechen eher die Erwartung aus, daß sich keine Gewerkschaft von dieser Arbeit fernhält.

Der Vorstand des Gewerkschaftskartells.

voran zu machen. Auch diese gehen — unter dem Vorzeichen ihrer feinen Nasen! — wählten nur — einen Herrn, und so hatte denn um 5 Uhr Herr Schmidt mit 8 Stimmen über Herrn Bernhard gesiegt. — Die Handwerker und Geschäftsleute werden aus dem Verlauf dieser Wahl die Lehre zu ziehen haben, daß sie künftighin besser gewappnet in den Wahlkampf treten müssen, daß sie auch namentlich kein Mittel unbenutzt lassen dürfen, das geeignet ist, die Säumigen herauszuziehen. Freilich, leicht ist dies nicht, denn Handwerker und Geschäftsleute sind nicht immer „per Telephon“ erreichbar, um wie auf das Signal einer Kommandopfeife kolonnenweise anzurücken. Deshalb ist es aber um so mehr notwendig, daß sie die Zupfelmütze endlich einmal in die Ecke werfen und dem kommunalen Leben mehr Aufmerksamkeit widmen. Der gestrige Tag war eine heilsame Lehre, heilsam für die Gewählten, wie für die Anhänger der Kandidatur Bernhard. —

— **Mit den Gewerbegerichtswahlen** beschäftigte sich eine am Montagabend in der „Reichshalle“ abgehaltene Versammlung von Arbeitgebern. Die Besprechung war nur eine kurze und galt hauptsächlich der Aufstellung von Arbeitgeberkandidaten, die auch erfolgte.

Wir erinnern die Wähler, namentlich die Arbeitnehmer nochmals an ihre Wahlpflicht. Wenn auch allem Anscheine nach der Kandidatenliste der organisierten Arbeiterschaft keine Liste seitens der Hirsch-Dunckerischen Gewerbevereine gegenübergestellt ist, so ist es nichtsdestoweniger notwendig, daß jeder wahlberechtigte organisierte Arbeiter an die Wahlurne schreitet. Ebenso haben die organisierten Arbeiter Sorge zu tragen, daß die mit ihnen gemeinsam arbeitenden nicht organisierten Arbeiter von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Heute, Mittwoch, wählen die Wähler der Altstadt Magdeburg, während, wie aus dem Wahlausruf an der Spitze dieser Beilage ersichtlich, in der Sudenburg am Donnerstag, Neustadt am Freitag und in Budau am Sonnabend gewählt wird.

Die Wähler wollen nicht vergessen, die Bescheinigungen über die erfolgte Namens-eintragung in die Wählerlisten zur Wahl mitzubringen. —

— Die „Freie Vereinigung der Ortskrankenkassen-Vorstände Magdeburgs“, welche sich zu dem Zwecke gebildet hat, einen Mittelpunkt für den Meinungsaustausch der betr. Ortskrankenkassen-Vorstände zu schaffen, alle Krankenkassen-Angelegenheiten gemeinsam zu beraten und das Interesse an der gemeinsamen Sache wach zu halten und zu fördern, hielt am Montag, den 25. Nov., im kleinen Saal bei Richard's ihre erste gemeinsame Versammlung ab. Von

rechts vom 1. Oktober bis 31. März Personen zur Entbindung auf der allgemeinen Abteilung jeder Zeit kostenfrei aufgenommen. Bei größeren Ansprüchen an Zimmer und Verpflegung werden die Verpflegungskosten für kranke Frauen mit 3, 5 und 8 Mark, je nach der Verpflegungsklasse, berechnet. Für diejenigen, welche eine vorherige Untersuchung wünschen, findet eine solche an jedem Montage früh von 8 bis 9 Uhr in der Anstalt kostenfrei statt. —

— **Unfälle.** Der Landwirt Hermann Böhl aus Garpe ist am Dienstag mit der linken Hand in die Säckschneidemaschine geraten, wobei ihm 3 Finger der linken Hand abgeschmitten wurden. — Der Schmiedelehrling G. S. a. b. o. h. hat sich bei der Arbeit mit brennendem Benzin die rechte Hand verbrannt. — Der Großspänner Gustav Wendt an g. aus Langewieddingen ist am Mittwoch früh von einem Pferde geschlagen worden, wobei ihm der rechte Unterschenkel zertrümmert wurde. Die Verletzten fanden Aufnahme im städtischen Krankenhaus. —

— **Eine größere Auswechslung** der schadhafsten Leitungsdrähte an der Oberleitung der Straßenbahn findet jetzt statt. Besonders sind es die Kurven, die eine erhöhte Abnutzung der Drähte durch vermehrte Reibung herbeigeführt haben. Zwei Turmwagen sind dieserhalb in Betrieb gestellt. Die Auswechslung geschieht, ohne daß der Betrieb irgend welche Einschränkung erleidet. —

— **Die Feuerweh** wurde am Montagabend kurz nach 6 Uhr nach Große Diederdorferstraße 230 gerufen. In einem Schlafzimmer war ein Korb mit Wäsche und Betten in Brand geraten. Die Gefahr wurde bald beseitigt. —

— **Aus dem Bureau des Stadttheaters** wird uns geschrieben: Da Frä. Camilla Marbach, die Darstellerin der weiblichen Hauptrolle in unserer Schauspielerei „Die rote Robe“, am Donnerstag, den 28. ds., einen längeren Urlaub antritt, wird das interessante Gerichts-drama heute, Mittwoch, für längere Zeit zum letzten Male zur Aufführung kommen. Morgen wird als vorletzten Gastspielabend die königliche Kammerfängerin Katharina Senger-Bettaque die Elisabeth in „Zambräuser“ singen. Freitag, den 29. ds., wird Frä. Charlotte v. Schulz vom Stadttheater in Halle als Maria Stuart auf Engagement gastieren. Sonnabend ist das Abschiedsgastspiel der Frau Katharina Senger-Bettaque und einmaliges Gastspiel des Herrn Kleins Kaufung vom Stadttheater in Köln: „Götterdämmerung“. Die nächste Aufführung von „Meister Roland“ findet am kommenden Sonntag statt.

Provinz und Umgegend.

Eine Arbeitslosenzählung in den um Magdeburg liegenden Ortschaften ist notwendig, wenn ein genaues Bild von dem Stand der Arbeitslosigkeit, unter der die Arbeiterschaft von Magdeburg und Umgegend zu leiden hat, gegeben werden soll. Eine solche Zählung will das Gewerkschaftskartell in Magdeburg veranstalten. Wir bitten deswegen die leitenden Parteigenossen von den Orten in der Nähe Magde-

Burgs, sich zu diesem Zwecke mit dem Genossen Otto Voh in Magdeburg, Knochenhauer-
nfer 27/28, sofort in Verbindung zu setzen.

Gr. Otterleben, 27. November. (Eine Gemeindevorstellung) findet am Donnerstag, den 28. November cr., abends 8 Uhr im Ausschüssen Saal mit der Tagesordnung: 1. Bevollmächtigung des Rechtsanwalts Dr. Fleischauer in der Prozesssache Schmidt und Genossen contra Gemeinde (Anfechtung des Bergerschen Testaments); 2. Beschlußfassung über die Abholzung und Planierung des zur Wiederbelegung bestimmten Teiles des alten Friedhofes; 3. Wahl eines Verwaltungsausschusses für die Friedhöfe; 4. Weihnachtsbescherung für arme Kinder; 5. Armenfachen; 6. Verschiedenes. —

Sohendobelen, 26. November. (Versammlungen des Bundes der Landwirte) unter dem Vorsitz des Gemeindevorstehers Schlüter aus Scherndede, finden gegenwärtig im Kreise Wangleben statt. In unserem Orte sollte am heutigen Dienstag ebenfalls eine solche Versammlung stattfinden; auf ortsübliche Weise war die gesamte Einwohnerschaft dazu eingeladen. In Scharen strömten denn auch die Arbeiter nach dem Versammlungsorte, wußten sie doch, daß der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Kreis-Vereins dem Redner entgegenzutreten würde. Leider konnte die Versammlung nicht stattfinden. Der Redner, welcher nachmittags noch in Klein-Modensleben gesprochen hatte, sollte plötzlich heiser geworden sein. Niemand wollte diese Nachricht für bare Münze nehmen, und so blieben die Ungläubigen in der Gaststube versammelt. Gegen 9 Uhr erschien der Amtsvorsteher, einen Brief in der Hand, der die Mitteilung enthielt, daß der Redner wirklich heiser sei. Trotzdem waren noch Zweifler zugegen, die der Meinung Ausdruck verliehen, es erwecke den Anschein, als wenn es dem Herrn den Arbeitern gegenüber nicht recht geheuer sei. Auch wir glauben, selbst die Erkrankung zugegeben, daß der Bundesredner nicht gerade freudigen Herzens vor einer fast rein aus Arbeitern bestehenden Versammlung sprechen wird. Nun, es wird sich ja zeigen, ob der Bund den Mut findet, eine abermalige Versammlung, wie vom Ortsvorsteher versprochen, einzuberufen und zwar unter Gewähr der Redefreiheit. — War also, wie gesagt, die Versammlung zu Wasser geworden, drei Abonnenten für die „Volkstimme“ wurden aber gewonnen. Löst der Ortsvorsteher sein Wort ein, findet Diskussion in der später stattfindenden Versammlung statt, so werden es bestimmt noch mehr werden. —

Burg, 27. November. (Achtung, Parteigenossen!) Auf die morgen, Donnerstag, stattfindende Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins möchten wir hierdurch besonders hinweisen, und erwarten, daß dieselbe, der Wichtigkeit der Tagesordnung halber, zahlreich besucht wird. —

... immer mehr die Sozialdemokraten Genhins zum ersten Male mit einem Kandidaten aus ihren Reihen ein. Genosse Karl Mettig, Maurer, ist von unserer Seite in der 3. Wählerklasse aufgestellt. Wenn wir auch nicht darauf rechnen können, ihn beim ersten Anlauf durchzubringen, so können wir immerhin auf eine Belebung der ganzen Wahlbewegung hoffen und nachgerade sind auch unsere Parteiverhältnisse so weit herangereift, daß es einfach unsere Pflicht ist, den Vorgängen in der kommunalen Politik eine regere Aufmerksamkeit zu schenken und ihnen eine kräftigere Arbeit zu widmen. Unter den jetzigen Stadtverordneten befindet sich nicht ein einziger, der es ernst nimmt mit der Vertretung der Interessen der Arbeiter; das lehnen uns die Verhandlungen. Die bürgerlichen Vertreter fühlen sich auch gar nicht verpflichtet dazu, weil bis dato noch kein Vorstoß und kein einheitliches Vorgehen der Arbeiter zu verzeichnen war, wodurch sie an das Verabsäumte erinnert worden wären. Beschäftigen wir uns von jetzt ab in unseren Versammlungen mehr damit, dann können wir sicher sein, in diesen Fragen in absehbarer Zeit ein Wort an entscheidender Stelle mitzusprechen zu können, vorausgesetzt, daß dann mit um so stärkerer Kraft in die Wahlbewegung eingetreten wird. —

(Büroversammlungen.) Am Freitag fand hier in Genthin und am Totensonntag in Altenplathow je eine Versammlung statt, in welcher ein Fräulein Müller aus Loburg, ehemalige Krankenpflegerin im Burenkrieg, einen Vortrag über ihre dortigen Erlebnisse hielt. Zum Besten der bedrückten Burenfrauen wurde ein Eintrittsgeld von 50 und 30 Pfg., je nach den Plätzen, erhoben. —

Stauffurt, 26. November. (Zum Grubenunglück.) Am Montag nachmittag sind die ersten drei der aus dem Zusammenbruch auf Ludwig 2 geborgenen Leichen in feierlichster Weise und unter großer Teilnahme der Bevölkerung beerdigt worden. Es sind Schülke, Stern und Albrecht. Zwei weitere, am Sonnabend geborgene Leichen stehen noch auf dem Werke. Die Staatsanwaltschaft hat die Genehmigung zur Beisetzung noch nicht erteilt, weil bisher die Identität der Verstorbenen nicht hat festgestellt werden können. —

Stendal, 27. November. (Ueber den Mord in Hämerten), von dem wir in gestriger Nummer schon kurz Notiz nahmen, berichtet der „Märker“ unterm 25. d. Mts.: Als die Tochter des Schuhmachers A. Gens gestern abend von einem Besuch bei einer Freundin nach Hause zurückkehrte, fand sie sämtliche Türen im Hause offen und ihren Vater in seiner Werkstätte mit durchschnittenem Halse tot vor. Neben dem Leichnam lagen sein Arbeitsmesser und sein Hammer. Die Ehefrau ist nach Berlin zu ihrem Sohn verreist, und es befand sich außer einem achtjährigen im Bette liegenden Kinde niemand im Hause. — Nach den Aussagen des untersuchenden Arztes ist bei dem tot aufgefundenen Schuhmachermeister Gens Selbstmord ausgesprochen. Dazu lag auch durchaus kein Grund

vor. Der Mörder muß durch die Haustür, die Küche und ein kleines Zimmer in die Werkstätte gedrungen sein, wo er dem Ermordeten von hinten einige Schläge versetzt und ihm hierauf die Kehle mit dem vorgeschundenen Messer durchschnitten hat. Der Schnitt ist am linken Ohr angelegt, dann abgesetzt und wieder angelegt und bis zur rechtsseitigen Arterie fortgesetzt. Die Gurgel ist bis auf den Knochen durchschnitten. Der Ermordete lag auf seinem Schenkel und hatte sein Notizbuch auf den Knien liegen. Seine Brille war nur etwas zur Seite gerückt. Ob Raub vorliegt, war noch nicht festzustellen. Die Schlüssel fehlten bei dem Ermordeten. Festgestellt ist, daß der Ermordete gestern abend zwischen 6 und 7 Uhr aus Storfau mit seinem Fahrrad gekommen, im Tagerschen Gasthause in Hämerten ein Glas Bier zu sich nahm und sich dann nach Haus begab. Ferner ist festgestellt, daß ihm ein Knecht des Herrn Grafmann am gleichen Abend 30,30 Mark gegeben und daß ihm die Witwe Hauser bis kurz nach 8 Uhr Gesellschaft geleistet hat. Um 11 Uhr 20 Minuten schrie die Tochter, daß sie ihren Vater tot in der bezeichneten Stellung vorgefunden habe. Der Ermordete war Hausbesitzer und lebte in guten Verhältnissen. Er war sehr beliebt. Außer seiner Tochter besitzt er noch drei erwachsene Söhne. —

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Einem Eisenbahnbeamten in Stendal fiel ein Koffer auf den Fuß und zerschmetterte denselben demnach, daß seine Amputation erfolgen muß. — An Neuchgas-Vergiftung liegen in Wenigerode seit einigen Tagen mehrere Leute krank darnieder; Kaufmann G. ist bereits gestorben. Da Selbstmord vermutet wurde, war die Leiche beschlagnahmt. Die Annahme ist nun hinfällig geworden, weil noch in mehreren benachbarten Häusern Erkrankungsfälle vorgekommen sind. — Den Verlust von zwei Fingern an der linken Hand hat der in einer Bürger Schulausbildung beschäftigte Arbeiter D. dadurch zu beklagen, daß er unter das Eisen einer Stanzmaschine geriet. — Als Reichstagskandidat für den Wahlkreis Mühlhausen-Bangenhäuser wurde auf der am Sonntag in Langensalza stattgefundenen Kreisversammlung der Genosse Redakteur Max Grünwald-Erfurt aufgestellt. Der Kreis wird jetzt durch den freisinnigen Richter Richter, Oberlehrer Eichhoff, vertreten, der ihn in der Stichwahl mit 10 588 Stimmen gegen 9094, die auf den Reichsparteiler fielen, eroberte. —

Das Stauffurter Grubenunglück.

Ueber die Ursachen des schrecklichen Massenunglücks im Stauffurter Kalibergbau ist noch immer keine ausreichende Aufklärung gegeben. Deshalb ist ein Bericht sehr wichtig, der der „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung“ von einem eigens entandenen sachverständigen Berichterstatter zugeht. Der Berichterstatter hat bei den Bergarbeitern selbst Erkundigungen eingezogen. Hier sein Bericht:

„Am Montag mittag, gegen 1/2 Uhr machte sich ein heftiger Erdstoß in Stauffurt und Umgegend bemerkbar. Das ist hier schon nichts Neues mehr. Kein Mensch ahnte, daß diese Erdschütterung so verhängnisvoll für die Belegschaft des genannten Kaliverkes sein würde, da zu gleicher Zeit eine längere Strecke zu Bruch ging. Ob die Erdschütterung

... machen können. Zunächst glaube ich, daß ungenügender Schutz die Salzdecke in den Firsten oder Orten und Strecken hereinbrechen ließ. Es wird jedoch behauptet, daß der Druck, besser gesagt die Verschiebung, nicht von oben, sondern von unten bezw. von der liegenden Stoßseite vor sich ging. Diese Meinung wurde von allen Bergleuten, mit denen ich sprach, vertreten. Wären die Sicherheitspfeiler ungenügend stark gewesen, und hätten diese nicht vermocht, das Gebirge zu tragen, sobald Druck kam, so hätten die Berter niedergehen müssen, was jedoch, wie gesagt, nicht der Fall sein soll. Zu Bruche ging die untere Sicherheitsstrecke auf der tiefsten Sohle bis auf eine Länge von 500 Meter. Erst vor dem Grenzpfiler des Kaliverkes „Berlesch“ machte der Zusammensturz Halt. Wie diese Verschiebung vor sich ging, und welcher Ursache sie entsprang, darüber herrscht bei den hiesigen Bergarbeitern völlige Unklarheit. Selten habe ich bei einem Massenunglück so widersprechende Darstellungen gehört als hier, und selten fand ich auch Bergarbeiter, die so wenig von der geologischen Beschaffenheit ihres Bergbaues wissen, wie die hiesigen. Woran das liegt, will ich hier nicht erörtern. Da auch die Bergbehörde keine genaue Darstellung bisher gegeben hat, so ist ein abschließendes Urteil beim besten Willen nicht zu fassen. Vielleicht giebt, sobald die Aufräumungsarbeiten beendet sein werden, was vielleicht noch mehrere Wochen dauern wird, der Zustand der Sohle einige Aufklärung. Die Aufräumung ist recht schwierig und mit ständiger Lebensgefahr verbunden. Nur die Gewißheit, daß noch 14 Kameraden unter den Trümmern liegen, erhöht den Mut und die Ausdauer der Rettungsmannschaften.

Ist es richtig, daß die Wellen einer Erdschütterung sich bis in die Baue des Ludwigschachtes verloren, dann stehen wir einem Ereignis gegenüber, gegen das menschliche Kraft nichts anzurichten vermag. Wo sich Öffnungen und Ausgehöhlungen befinden, wird einer Verschiebung nicht gänzlich entgegengetreten werden können. Es handelt sich nur um die Frage, ob dieser Zusammensturz sich so früh bemerkbar machte, daß wenigstens die Leute sich hätten retten können. Und hier tauchen allerhand Gerüchte auf. So soll schon am Sonnabend vor dem Unglück ein heftiges Knattern des Salzgebirges sich bemerkbar gemacht haben. Hier thut eine bestimmte Erklärung der Bergbehörde recht not, schon um der Beruhigung der Bevölkerung willen. Ist das Wahrheit, was hier andeutungsweise wiedergegeben wird, dann sind wir natürlich gezwungen, dem Urteil über die „Erdschütterung“ mißtrauisch zu begegnen, selbst dann, wenn der Betrieb der in Frage kommenden Sohlen genau den bergpolizeilichen Vorschriften entsprochen hätte. Die unterrichteten Arbeiter haben nun einmal über die ganze Abbaumethode auf den Kaliverken ihre eigene Meinung. Der Abbau ist meines Erachtens an den einzelnen Arbeitspunkten zu umfangreich. Es werden zu große Hohlräume geschaffen, die alles andre, nur nicht die Sicherheit für den Bergmann und für den Betrieb selbst erhöhen. Daran kann auch der Bergwerksrat (die Wiederaussfüllung der Hohlräume durch Schutt) wenig ändern.“

Die Bergbehörde wird nicht umhin können, sich über die Behauptung, daß das Knattern im Salzgebirge schon einige Tage zuvor gehört worden sei, mit möglicher Klarheit auszusprechen und im Anschluß daran über die Art und Weise des Abbaues recht gründliche Aufklärung zu geben. Es muß Klarheit darüber gegeben werden, ob der Abbau den an die Sicherheit für Leben und Gesundheit der Bergarbeiter zu stellenden berechtigten Anforderungen entsprochen hat und in welcher Weise die Grubeninspektion funktioniert hat. Hätte — vorausgesetzt, daß wirklich schon einige Tage zuvor bedeutende Anzeichen zu bemerken gewesen sind — der Betrieb nicht eingestellt werden können? Ist der Bergbehörde oder der Betriebsleitung davon etwas bekannt geworden? Wäre es ihr nicht bekannt gegeben worden, wenn, entsprechend den seit Jahren erhobenen Forderungen der Arbeiter, deren Vertrauensleute zur Grubeninspektion herangezogen waren? Gewiß wäre es dann geschehen. Ist es jetzt unterblieben, dann nur aus der bekannten und begreiflichen Scheu der Arbeiter, die Betriebsleitung auf Mißstände und Gefahren des Betriebes aufmerksam zu machen.

Die Bergbehörde hat ein ebenso großes Interesse an der Aufklärung dieser Dinge wie die Öffentlichkeit. —

Kleine Chronik.

Ein „Sack der Aufschliker“ in Kiel.

Seit Freitag abend befindet sich der weibliche Teil der Bevölkerung Kiels in großer und berechtigter Aufregung. Am Freitag abend sind von einem Unholde in den nördlichen Gegenden der Stadt, aber in den verschiedensten Straßen dieser Gegend, nacheinander zehn Mädchen und Frauen mit einer stiletartigen Waffe so plötzlich verletzt, daß die Verwundung erst durch das rieselnde Blut angezeigt wurde. Der Thäter, der als ein gut gekleideter Mensch mit Schnurrbart geschildert wird, ist überall so schnell verschwunden, daß ein bestimmter Eindruck von der Persönlichkeit bei den zum Teil auch rücklings Ueberfallenen wohl nicht zurückgeblieben ist. Der Verbrecher hat in den letzten Tagen eine Reihe von Unthaten verüben können, so daß deren Gesamtzahl auf neunzehn angewachsen ist. Leider ist es noch nicht gelungen, des Mannes habhaft zu werden. —

Von Löwen zerissen

wurde, wie das „Berliner Tageblatt“ aus Essen (Ruhr) meldet, der Löwenbändiger Nordstedt, der unter dem Artistenamen Macdonald auftrat. Er führte, wie üblich, in dem Tierpark bei Steele seine sieben Löwen vor, die aber diesmal dem Bändiger nicht gehorchten, sondern ihn angriffen und in wenigen Augenblicken töteten. —

Ein blutiges Chedrama

hat sich Dienstag vormittag in Paris auf dem Operaplatz abgespielt. Als um 11 Uhr vormittags der an der Ecke des

herankam, zum Stehen brachte, eilte ein noch junger einfach gekleideter Herr auf eine verschlossene Droschke zu, in der eine junge Dame mit einem gleichfalls jugendlichen Begleiter saßen. Der Herr, welcher der Droschke zuellte, hatte sie von Card Saint Lazare her verfolgt und sie jetzt, wo sie durch ein Zeichen des Schuttmanns gezwungen war, zu halten, eingeholt. Er ließ von außen ein Wagenfenster herab, zog, ehe einer der Passanten auf die Scene Acht gab, einen Revolver aus der Rocktasche und feuerte eine Kugel in das Innere des Wagens ab. Die Dame, die seine Frau war, schwannte und sank leblos zusammen. Ihr Begleiter sprang aus der Wagenthür hinaus, um zu entfliehen, sein Gegner hatte jedoch das Manöver bemerkt, und gab einen zweiten Schuß ab, der den Entfliehenden sofort tot niederstreckte. Jetzt eilten Polizisten und Publikum herbei. Der Chemann, der seine Gattin und seinen Nebenbuhler getötet, stand sehr ruhig da, übergab dem Polizisten seinen Revolver und ließ sich zur Wache führen. Beide Leichen wurden zunächst nach der Pharmacie geschafft. —

Zu dem Diebstahl bei der Liverpooler Bank.

In London wurde am Montag ein Faustkämpfer mit dem Namen Bunge unter dem Verdachte der Mitschuld an dem an der Bank von Liverpool verübten Betrüge verhaftet. Die Polizei entdeckte Spuren der vermischten Checks, deren Betrag sich auf 100 000 Pfund beläuft. Die Bank von Liverpool hat die gesetzlichen Maßnahmen getroffen, um die Realisierung dieser Checks zu verhindern. —

Kleine Tageschronik. Kohlenunterschlagungen sind bei der Oldenburgischen Staatsbahn vorgekommen. Es handelt sich jedoch nach amtlicher Bekanntmachung keineswegs um 280 Waggons, wie angegeben wurde, sondern um Unterschleife in weit geringerer Umfang. Gegen die schuldigen Beamten ist mit den schärfsten Disziplinarstrafen vorgegangen. — Montag nacht traf im Hamburger Hafen der englische Dampfer „Desreaulx“ aus New-Orleans mit der aus 18 Personen bestehenden Mannschaft der Bremer Bark „Camelia“ ein, die er im Atlantischen Ocean vor 18 Tagen als Wrack angetroffen hatte. — Hunderte von Fahrzeugen, meistens kleine, sind während eines Sturmes, der an der Ostküste Nordamerikas wüthete, gescheitert oder erlitten Havarien; viele Häuser wurden abgedeckt und auch sonst viel Schaden angerichtet. Fünf Personen ertranken beim Scheitern zweier Barken. — In Zürich wurde der unter dem Verdacht des Mordes in Oporto verhaftete deutsche Freiherr v. Notzkirch-Panten in das Züricher Gefängnis eingeliefert. — Verschunden ist seit zwei Tagen aus Budapest der Großpächter und Getreidehändler Armin Straßburger. Der Genannte hatte bedeutende Engagements an der Budapestener Börse und die ungedeckten Differenzen und sonstigen Schulden desselben dürften 1 Million Kronen übersteigen. Außerdem schuldet Straßburger an Sparcassen etwa 500 000 Kronen.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 26. November 1901.

Freigesprochen. In nichtöffentlicher Sitzung wurde der Steingutarbeiter Otto Grobelen zu Althaldensleben, geboren 1878, von der Anklage, seine fröhers

Brant im Amt d. J. zur Begehung eines Verbrechens aufgefordert zu haben, freigesprochen.

Diebstahl. Der Landwirt Heinrich Herzog zu Calbe a. S., geboren 1871, stahl am 31. März 1899 im „Wilhelmsgarten“ ein Fahrrad, das einem Arzt gehörte. Der geständige Angeklagte erhielt 3 Monate Gefängnis.

Veruntreuung. Der Handlungsgehilfe Richard Arnold hier, geboren 1879, war Stadtreisender einer Firma und veruntreute vom Herbst 1900 ab etwa 837 Mark, die er auf Grund der ihm erteilten Inkasso-Vollmacht von den Kunden eingezogen hatte und für sich verausgabte. Der Angeklagte räumte seine Schuld ein, gab aber an, daß er bereits über die Hälfte des Betrages wieder gedeckt habe. Der Gerichtshof erkannte auf 6 Monate Gefängnis.

Diebstahl. Der Arbeiter Max Sagedorn zu Buchau, geboren 1881, stieg am 18. und 21. Oktober d. J. über ein Stacket in eine Fabrik und stahl drei Messinghähne, sowie ein kupfernes Rohr mit Durchlaß- und Messingbahn, die er dann für 2,75 Mark und 1,75 Mark verkaufte. Da wiederholter Mißfall vorliegt, erkannte der Gerichtshof auf 1 Jahr 1 Monat Gefängnis.

Wegen Betrugs resp. Gläubiger-Begünstigung hatten sich der Schuhmachermeister Robert Hoppe und dessen Ehefrau, Klara geborene Schöne, zu Sodenburg, zu verantworten. Der Chemann Hoppe kaufte im Jahre 1890 ein Schuhwarengeschäft, geriet aber bereits 1891 in Konkurs. Frau Hoppe erstand das Warenlager für 4500 Mark, die sie angeblich von ihrem Onkel geerbt hatte, und führte damit das Geschäft weiter, das anfangs gut ging. Von Neujahr 1900 ab hatte es sich aber derart verschlechtert, daß Zahlungsunfähigkeit eintrat und die Wechselverbindlichkeiten nicht mehr prompt erfüllt werden konnten. Es mangelte auch an der Ueberficht, da die Buchführung eine äußerst unordentliche war. Anfang Juni 1900 erfolgten bereits Pfändungen. Trotzdem die Vermögenslage eine verzweifelte und der Vermögensverlust angeblich nicht mehr aufzuhalten war, bestellten die Eheleute Hoppe unter Verschweigung dieses Umstandes doch im Juli und August bei drei auswärtigen Firmen größere Warenposten auf Kredit, und veranlaßten auch Gläubiger, für alte und fällige Warenposten weitere Zahlungsfrist zu gewähren. Der Chemann Hoppe soll sich ferner von einer Firma unter Vorpiegelung falscher Tatsachen 300 Mark Darlehen erschwindelt haben. Schließlich soll Frau Hoppe den inzwischen verstorbenen Privatmann Lüderitz, dem sie vom Juni und Juli 1900 her 1075 Mark Darlehen schuldet, auf sein Drängen dadurch vor anderen Gläubigern begünstigt haben, daß sie ihm am 6. September 1900 vier Wechsel, fällig am 8. und 9. September, ausstellte. Lüderitz klagte diese sofort ein und nahm dann im Wege der Pfändung den Eheleuten Hoppe alles, was noch vorhanden war, so daß alle anderen Gläubiger leer ausgingen. Die Angeklagten entschuldigten sich mit Unkenntnis und meinten, daß sie sich nicht strafbar gemacht haben; sie hätten keine betrügerische Absicht gehabt und immer geglaubt, sie würden durchkommen. Der Staatsanwalt hielt auf Grund der Verhandlung die Anklage in allen Punkten aufrecht, und beantragte, den Chemann Hoppe mit 6 Monaten, Frau Hoppe mit 3 Monaten Gefängnis zu bestrafen. Der Gerichtshof erachtete dagegen die zur Anklage stehenden drei gemeinschaftlichen Betrugsfälle, sowie den Betrugsfall des Chemannes Hoppe nicht für erwiesen, und erkannte daher auf Freisprechung, verurteilte aber Frau Hoppe wegen Gläubigerbegünstigung zu 30 Mark Geldstrafe eventuell 6 Tagen Gefängnis.

Sittenviisches.

Die soeben erschienene Nummer 36 des „Simplicissimus“ bringt als Titelbild eine Zeichnung von Th. Th. Heine, ferner Zeichnungen von F. von Reznicek, Bruno Paul, E. Thöny, J. B. Engl und Wilhelm Schulz. Dargestellt sind die Nummer eines Stiege von Paul Duffon, je ein Gedicht von Peter Schlemihl und Dr. Drolglaß, sowie einen Beitrag unter der Rubrik „Vieher Simplicissimus“. Der „Simplicissimus“ erscheint in einer billigen Ausgabe zu 15 Pfg. und einer billigeren auf stärkerem, vornehmerem Papier zu 25 Pfg.; man kann ihn beziehen durch die Buchhandlung „Volksstimme“ und deren Kollportiere.

Die „Simplicissimus“ erscheint in einer billigen Ausgabe zu 15 Pfg. und einer billigeren auf stärkerem, vornehmerem Papier zu 25 Pfg.; man kann ihn beziehen durch die Buchhandlung „Volksstimme“ und deren Kollportiere.

Der „Simplicissimus“ bietet in seiner neuesten Nummer prächtige Zeichnungen, teilslich sowohl wie an Illustrationen. Die empfehlenswerte Nummer ist für 10 Pfg. bei allen Zeitungsträgern und in der Buchhandlung „Volksstimme“ zu haben.

Bereine und Versammlungen.

Zu der öffentlichen Versammlung, die am Totensonntag im „Weißen Hirsche“, Neue Neustadt, tagte, referierte Genosse Biskri er gab über das Thema: „Der Totentanz der heutigen Gesellschaft“. Er sprach einen Ueberblick über die Bedeutung des Totensonntags und wies nach, daß die bürgerliche Gesellschaft die erste Pflicht hätte, diesen Tag zu begehen, da die Toten, der wir heute gedenken, zum größten Teil Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung seien. Uebermäßige Ausbeutung, lange Arbeitszeit, niedrige Entlohnung, hohe Wohnmieten bei schlechten Wohnungsverhältnissen, teure Lebensmittelpreise, die Zeiten niedriger Geschäftskonjunktur und damit verbundenen Arbeitslosigkeit — alle diese Erscheinungen tragen dazu bei, daß die Proletarier im besten Mannesalter dahinstirben. Dagegen sehen wir, daß auf der anderen Seite ein kleiner Teil von Menschen, gestützt und lebend von der sauren Arbeit des Proletariats, sich allen Freuden des Lebens hingibt und auf unserer schönen Erde bis zum 70. Lebensjahre verweilen dürfte. Trotzdem gehöre die Zukunft uns, dem Proletariat. Sollte sie aber besser sein, als die Gegenwart, dann müßte jeder einzelne ein Agitator werden, jeder einzelne müßte sich den Arbeiterbattalionen anschließen, jeder einzelne müßte Leiter der Arbeiterrevue werden, dann würde der Tag auch nicht fern sein, wo wir vom Joche der Knechtschaft befreit und der Kapitalismus endgültig besiegt sei. Der starke Verfall, der den Ausführungen des Redners folgte, bewies, daß Genosse Biskri es verstanden hatte, die Verhältnisse zeitgemäß zu kritisieren und daß er sich damit im Einklang der mäßig besuchten Versammlung befand.

Die öffentliche Versammlung der Handelshilfsarbeiter, Kuttischer usw., welche am Sonntag, den 24. November, im „Neustädter Hof“ tagte, nahm teilweise einen stürmischen Verlauf. Anwesend waren ca. 60 Personen, von denen die eine Hälfte dem neu gegründeten Lokalvereine, die andere Hälfte dem Centralverbande der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter angehörte. Nach einer erregten Geschäftsordnungsdebatte wurde der angekündigte Vortrag von der Tagesordnung abgesetzt und sofort in den zweiten Punkt eingetreten: „Der Zwiespalt unter den organisierten Handelshilfsarbeitern.“ In längerer Aussprache verfaßte Max Thoma als die Notwendigkeit der Gründung des Lokalvereins der Handelshilfsarbeiter nachzuweisen, sowie seinen Austritt aus dem Centralverband zu rechtfertigen. Als Hauptgründe wurden dabei ins Feld geführt, die sich fortgesetzt steigenden Ausgaben für die Verwaltung, hervorgerufen durch die Anstellung bezahlter Agitatoren, sowie die Anstellung eines Schmiebezellen als Geschäftsführer hier am Orte. Verschiedentliche Zwischenfälle seitens der anwesenden Mitglieder des Centralverbandes veranlaßten den Vorsitzenden Thoma, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen und in drei Fassen mußten die Unter das Lokal verlassen. Von Seiten des Centralverbandes sprach Genosse Sieckel, der den Ausführungen Thomas' in sachlicher Weise entgegenzutreten und die ausfindigen Lokalführer auf das Verwerfliche ihres Beginneis aufmerksam machte. Er bedauerte es lebhaft, daß ein Mann wie M. Thoma, der vorzieht, zehn Jahre in der Arbeiterbewegung gestanden zu haben, sich in so kurzer Zeit vom Lokalführer zum Centralisten und nunmehr, aus rein persönlichen Motiven sich wieder zum Lokalführer entwidmet habe. In der weiteren Debatte, die zumeist rein persönlich geführt wurde, kamen beide Teile in ausgiebiger Weise zu Wort, ohne daß eine Verständigung herbeigeführt wurde. Da sich das Lokal gegen 10 Uhr schon ziemlich geleert hatte, ging die Versammlung resultatlos auseinander.

Am Montag, den 2. Dezember, findet eine Generalversammlung der gemeinsamen Oststrankenkasse für Handel und Gewerbe Magdeburg-Neustadt im „Marktschützen“ statt.

Donnerstag, 28. November:

- 1. Alte Neustädter „Harmonika“-Verein. Jeden Donnerstag Abends 8 Uhr im „Neustädter Hof“, Magdeburgerstr. 80.
Arbeiter-Gesangverein „Freundschaft“, Neue Neustadt. Jeden Donnerstag abends 8 Uhr Abends 8 Uhr im „Neustädter Hof“, Magdeburgerstr. 80.
Arbeiter-Medienklub „Freiheit“. Jeden Donnerstag abends 8 Uhr Saalfahren und Versammlung im „Freiheitsklub“.
Sudenburger Arbeiter-Gesangverein. Abends 8 Uhr jeden Donnerstag abends 8 Uhr im „Neustädter Hof“, Magdeburgerstr. 16.
Arbeiter-Stenographen-Verein Neustadt. Jeden Donnerstag Abends 8 Uhr im „Gemeinschaft“, Schmidstraße 5.
Sudenburger Musikverein Hoffnung. Jeden Donnerstag Abends 8 Uhr im „Neustädter Hof“, Kurfürstenstraße 32. Mitglieder werden dort aufgenommen.
Neue Neustädter Arbeiter-Gesangverein. Abends 8 Uhr jeden Donnerstag im „Weißen Hirsche“.
Radfahrklub „Sturm“. Jeden Donnerstag abends Vereinsabend im „Ruhigenpark“ Spielgartenstraße 1.

- Radfahrklub Stern. Jeden Donnerstag Saalfahren und Zusammenkunft in der „Zerstörten Bierhalle“.
Musikfischer Bergnützungsverein „Lira“, Magdeburg-Neustadt. Jeden Donnerstag abends 8 Uhr im „Gemeinschaft“, Schmidstraße.
Turnverein Zahn, Sudenburg. Jeden Donnerstag abends 8 Uhr bis 10 Uhr Turnen der Damen-Abteilung in der „Zerstörten Bierhalle“, Schöningerstraße. Anmeldungen werden da entgegen genommen.
„Turnverein Einigkeit“, Buchau. Jeden Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr Turnstunde im „Thalia“, Dorotheenstr. 14.
Arbeiter-Turnverein Neue Neustadt. Jeden Montag und Donnerstag Abends 8 Uhr im „Gemeinschaft“, Schmidstraße 76.
Männer-Turnverein „Freihaus“, Magdeburg. Jeden Montag und Donnerstag Turnstunde in der städt. Turnhalle Augustastr. 22-23, Eingang Bismarckstraße.
Vurg. Radfahrverein „Galle“. Jeden Donnerstag Saalfahren im „Ruhigenpark“.
Volkliche Arbeiter-Gesangverein. Jeden Donnerstag Abends 8 Uhr im „Gemeinschaft“, Schmidstraße.
Diesdorf. Arbeiter-Gesangverein. Jeden Donnerstag abends 8 Uhr Abends 8 Uhr im „Gemeinschaft“, Schmidstraße.

Briefkasten.

M. G. Sie haben recht. In der gestrigen Briefkastennote muß es heißen: Das Gesetz betreffend die Entschädigung der im Wiedererwerbverfahren freigesprochenen Personen datiert vom 20. Mai 1898.

Wasserstände.

Table with columns: Station, Date, Water Level (Nov 25/26), Difference, and Remarks. Includes stations like Straßfurt, Weißenfels, Halle, and Magdeburg.

Burg Schuhwaren Heinrich Reinecke. Markt 13. Reparaturen schnell und billig. Städtische Arbeitsnachweisstelle. Annullen. Bei der Hauptwache Nr. 5. Magdeburg. Vermittlung auch nach außerhalb. Kostenlose Vermittlung von männlichen und weiblichen Arbeitern...

Verlangen Sie überall nur den allein ächten Globus-Putz-Extract. Wie diese Abbildung. GLOBUS-PUTZ-EXTRACT. Da viele wertlose Nachahmungen angeboten werden. Fritz Schulz jun. Aktiengesellschaft, Leipzig. Goldene Medaille Weltausstellung Paris 1900. Burg-Särge!

Krankenkasse Merkur, E. H. gemüht jedem Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Bureau: Nothofstr. 22. Vertreter in Burg: D. Hübotter, Berberstraße 2. Standesamt. Magdeburg, 26. November. Aufgebote: Schuhm. Gustav Lohmann mit Frieda Coblitz hier...

Burg, 25. November. Aufgebote: Schlosser Hermann Gustav Jho mit Anna Augusta Bachmann. Geburt: Tochter des Schriftsetzers Wilhelm Helmendorf. Todesfälle: Erich, S. des Schlossers Emil Jakob, 5 M. Geburt: Ein Sohn des Buchbinders Wilhelm Nagelmann. Aufgebote: Maurer Albert Christiani mit Katharine Marie Louise Jung hier. Geburt: Kurt, S. des Sattler Christian Bitter. Walter, S. des Eisen-Hilfsbremsen-Walter Meischer. Todestfall: Kurt, S. des Sattler Christian Bitter, 4 Sid.